

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 1/2
vom 10. Jan. '86
20. Jahrgang
Preis 1,— DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Katalog der
Drohungen —
Ausblicke der
Reaktion —
Seite 3

Entschädigung
von Flick? —
Lohn des
Grauens —
Seite 10

Zum 50. Todes-
tag von Kurt
Tucholsky —
Seite 11

Positiv

Warum das neue Jahr an dieser Stelle des RM nicht mit einer positiven Meldung beginnen? Die Leser der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) haben in einer Umfrage Günther Wallraff zum Mann des Jahres gewählt. Für die Umfrage der größten bundesdeutschen Regionalzeitung wahrlich ein wichtiges und positives Ergebnis. Er gewann diese Wahl im übrigen vor dem Bundespräsidenten von Weizsäcker, dem Nobelpreisträger von Klitzing und Boris Becker.

In der Tat eine positive Wahl, denn selten hat die Aktion eines Einzelnen (und die war es, trotz aller Unterstützung engster Freunde) soviel Wirbel verursacht wie seine Recherchen und die Veröffentlichung von „Ganz unten“. Die ganzen Realitäten der Leiharbeit, die Lebensumstände eines wachsenden Teils der Werktätigen (nicht zuletzt derer anderer Nationalität) haben nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung dafür gesorgt, diesem Problem endlich mehr Aufmerksamkeit zu widmen, sondern haben auch — und das war bei den ganzen Lesungen deutlich spürbar — die Betroffenen mobilisiert. Und einen Teil liberalen Bürgertums, für die die Existenz solcher Tatsachen in der BRD 85 schockierend waren.

Heute gibt es „wallraffen“ als Begriff bereits in anderen Sprachen — als Synonym für mutigen, anklagenden Enthüllungsjournalismus.

Die Leserumfrage in der WAZ ist zunächst als Hinweis darauf zu verstehen, daß Wallraffs Arbeit nicht nur allgemein gewürdigt wird, sondern auch für wichtig betrachtet — und das ist sie in der Tat.

Daß es eben nicht nur ein Paar Dunkelmänner sind, die da dickes Geld verdienen, sondern daß es die großen Konzerne sind, die diesen erst die entsprechende Möglichkeit einräumen — das ist die Erkenntnis aus Wallraffs Arbeit.

Ob Ansprachen oder Interviews:

Regierungspropaganda zur Jahreswende

Ob an Neujahr oder zu Weihnachten, ob in zahllosen Presseinterviews oder in Rundfunk und Fernsehen: Zur Jahreswende 86 inszenierte die Bonner Regierung eine konzentrierte Propagandakampagne wie seit langem nicht mehr. Es wird der tragende Aufschwung beschworen und der allgemeine Optimismus, vor allem aber: Die Fortsetzung dieser Regierungspolitik.

Die Ausblicke und Vorhersagen in den bürgerlichen Medien schwappten wie eine regelrechte Welle in die Öffentlichkeit. Der Tenor ist dabei eindeutig: der Kurs ist richtig. Und für alle, die es nicht glauben wollen (oder erst recht für die, die es glauben wollen) wird beteuert, alle Probleme seien auf dem Weg der Lösung, die Regierung sei erfolgreich. Was sie ohne Zweifel — im Sinne ihrer Klientel — auch war.

Ob sie das weiterhin sein wird, hängt nicht zuletzt vom Ausgang der Konfrontation der Bundesregierung mit der Gewerkschaftsbewegung um den § 116 ab.

Außer dieser Äußerung gegen das Streikrecht, bzw. die Streikfähigkeit der Gewerkschaften und den verschiedenen Gesetzen zum Ausbau der Überwachungsmöglichkeiten hat die Regierung in diesem Jahr fast nur noch Wahlkampf auf der Tagesordnung. Zuerst die Serie von Landtagswahlen und dann der sicher bruchlose



Übergang in den Bundestagswahlkampf. Der nächste systematische Anlauf, die „Wende“ zu vertiefen, wird aller Voraussicht nach erst nach der nächsten Bundes-

tagwahl unternommen.

Die Optimismuskampagne zum Jahreswechsel jedenfalls war der Auftakt zum längsten Wahlkampfjahr seit langem.

Bangemann und Lambsdorff im Zentrum der Kritik:

IGM-Protest beim Dreikönigstreffen

Nicht so beschaulich wie üblicherweise verlief das diesjährige traditionelle Dreikönigstreffen der FDP am 5. und 6. 1. in Stuttgart. Rund 500 Gewerkschafter machten vor und während der Veranstaltung ihren Protest gegen die Pläne der Regierung zur Veränderung des § 116 deutlich.

Von einer Veranstaltung im Stuttgarter Gewerkschaftshaus zogen die Teilnehmer hinüber zum Großen Haus, dem Tagungsort des FDP-Treffens.

Dort bildeten sie Spalier, durch das die Teilnehmer gehen mußten, boten 10-Mark-Scheine und Pfennigstücke (vor allem dem Wirtschaftsgraf) an, um die FDP-Politiker mit ihrem Ruf gegenüberzustellen und störten mit Gesängen und Zwischenrufen die Rede Bangemanns. Dieser erneuerte seine Ankündigung, die Regierung werde „dem Druck der Straße“ nicht weichen, die geplante Veränderung des § 116 sei eben eine notwendige Re-

form und die FDP werde sie auf jeden Fall durchsetzen.

Für die gewerkschaftliche Kampagne gegen die Ände-



Metaller demonstrieren beim Dreikönigstreffen der FDP

US-Aufmarsch vor Libyen

Kriegsgefahr im Mittelmeer

Die verbrecherischen Mordanschläge auf den Flughafen von Wien und Rom am 27. Dezember des vergangenen Jahres haben die USA zum Anlaß genommen, unverhüllte Kriegsdrohungen gegen Libyen zu entfachen und starke Streitkräfte in Richtung des arabischen Landes in Bewegung zu setzen. Unverhohlen fordern sie Israel zu ähnlichen Terrorakten wie der Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis im vergangenen Jahr auf, und die gesamte Reaktion stimmt in die Hetze gegen Libyen und die PLO ein. 1986, von der UNO als „Jahr des Friedens“ ausgerufen, begann wegen dieser Aktivitäten mit Tagen schärfster Spannungen, am Rande eines Krieges.



Kurs auf Libyen: der US-Flugzeugträger „Coral-Sea“

Keine Frage, die Mordtaten von Wien und Rom sind keine zu rechtfertigenden Aktionen gegen die Feinde des palästinensischen Volkes, den israelischen Zionismus und den US-Imperialismus. Die Anschläge auf Fluggäste und Flughafenpersonal sind entschieden zu verurteilen. Und dennoch, das Kriegs- und Rachegeschehen aus Tel Aviv und Washington be-

droht nicht die — bislang ja noch unbekannten Attentäter, bzw. ihre Hintermänner — sondern ist offene Kriegsdrohung gegen ein ganzes Volk, die Palästinenser, gegen Libyen, gefährdet den Frieden nicht nur im Mittelmeer sondern auch weit darüber hinaus.

Fortsetzung auf Seite 9

Letzte Meldung

Wackersdorf geräumt



Ein riesiges Polizeiaufgebot mit Unterstützung von Grenzschutzzeileinheiten aus vielen Bundesländern — die Polizei sprach von 2000 Mann, der Rundfunk von 2500 — hat am vergangenen Dienstag das Hüttendorf auf dem Bauplatz der WAA geräumt und die rund 3500 Atomkraftgegner vertrieben. Spontan wurden für den Nachmittag des gleichen Tages in München und vielen anderen bayerischen Städten Protestdemonstrationen angekündigt. Über die letzten Tage im Hüttendorf unser Bericht auf Seite 2.

„Versuchte Gefangenenerfreierung“
als Vorwand

Die Polizeifalle hinter Amberg: Wildwest um Wackersdorf

134 Festnahmen gab es vergangenen Samstag in der Nähe von Amberg/Oberpfalz aus Anlaß einer Solidaritätsdemonstration mit zwei Münchnern, die seit dem Neujahrstag eingesperrt sind. Ein Autokonvoi, der von Wackersdorf nach Amberg (zur JVA) gefahren war, wurde auf der Rückfahrt regelrecht in eine Polizeifalle gelockt.

Der Vorwand für die polizeiliche Wegelageraktion war eine angeblich versuchte Gefangenenerfreierung. Tatsache war, daß beim Protest vor dem Gefängnis drei Personen auf die Anstaltsmauer geklettert waren, um dort ein Transparent festzumachen. Erste Festnahmen hatte es danach bereits

am Ende der Kundgebung in der Innenstadt gegeben, anschließend folgte die Polizeifalle. Wobei Fahrzeuge mit örtlichen Kfz-Kennzeichen getrennt wurden, um so die These der „auswärtigen Störer“ untermauern zu können. Der Vorwurf der versuchten Gefangenenerfreierung wurde dann auch



Das Hüttendorf kurz nach Weihnachten

Waffenhandel blüht Tornados für die Türkei?

40 Tornados will die türkische Militärregierung kaufen. Ein weiteres gutes Geschäft für die bundesdeutschen Waffenhändler, die mit 40 Prozent an diesem Deal beteiligt wären. Natürlich haben sie bereits eine Bundesbürgschaft (Hermes) beantragt, Steuergelder sollen ihr Geschäft absichern.

Die türkische Militärjunta samt ihrem demokratischen Deckmäntelchen hat ein gewaltiges Aufrüstungsprogramm ausgearbeitet, das ganz im Dienste der NATO steht. Deshalb wird es wohl über die Lieferungen von Tornados keine größeren Debatten geben — bundesdeutsche Waffenlieferungen an Kenan Evren und Co haben Tradition. Im Gegenzug sollen weitere Stützpunkte für die NATO, insbesondere für die Luftwaffe der BRD geschaffen werden — die Evren, Özal und Co betreiben den Ausverkauf ihres Landes weiter.

In der Türkei herrschen nach wie vor Mord und Folter, rast der Terror gegen alles Linke, Oppositionelle und Kurdische. Die Armee spielt dabei, trotz angeblicher Demokratisierung nach wie vor die zentrale Rolle.

Wer diese Armee aufrüstet, wer dieses Regime mit

Geld versorgt — der macht sich schuldig an diesen zahllosen Verbrechen, die dort begangen werden. Natürlich: Die Unterstützung des Regimes von Ankara geschieht keinesfalls uneigennützig. Nicht nur die Waffenschmieden machen gute Geschäfte, auch andere westdeutsche Konzerne haben ihre Geschäftstätigkeit ausgebaut. Die Aktivitäten der Bundeswehr in der Türkei sind ebenfalls Jahr für Jahr angewachsen — an Bedeutung werden sie nur noch von denen der US-Armee übertroffen.

Mit der Lieferung einer solchen Menge Tornados wäre die türkische Armee, ohnehin eine der größten der Welt, endgültig zu einer militärischen Vormacht in der ganzen Region geworden. Darin liegt die besondere Bedeutung gerade dieses neuen Handels mit der BRD mit den türkischen Militärs.

relativ rasch wieder fallen gelassen, Sonntagnachmittag waren alle 134 — nach erkennungsdienstlicher Behandlung — wieder frei.

Am Sonntag waren dann über 10000 Menschen zur Kundgebung gekommen, auf der zahlreiche linke bayerische Kulturprominenz aktiv war.

Die Solidarität der Bevölkerung, so berichten Teilnehmer immer wieder, ist erstaunlich und unerwartet groß. Besonders beliebt sind die Angebote mit Waschmöglichkeiten auf der schwarzen Tafel, die sehr zahlreich sind. Ebenso verhält es sich mit dem Essen: Es sind keineswegs nur Einzelne, die die „Dorfbewohner“ mit Lebensmitteln versorgen, es sind unüberschaubar viele.

Um so stärker sind die Anstrengungen von Seiten der Landesregierung, hier spalterisch tätig zu werden. Als zwei Personen an einer Mauer mit Schablone eine Parole malen wollten „Tötet Strauß die Oberpfalz?“ wurden sie festgenommen, als sie die beiden ersten Worten gemalt hatten: Der Versuch „terroristische“ Aktivitäten zu konstruieren, platter noch als bei der Polizeifalle. Ebenso wird bei der Frage der Räumung verfahren. Das Dorf werde nicht geräumt, wenn darauf verzichtet werde, die Rodungsarbeiten zu behindern, lautet das „Angebot“. Aber einen ländlichen Abenteuerspielplatz wollte niemand ...

Von daher wurde am vergangenen Wochenende allgemein damit gerechnet, daß am Dienstag eine Räumungsaktion beginnen könnte.

Nach der gescheiterten §218-Initiative:

Ende der Vogel-Zeit?

Die Niederlage der rheinland-pfälzischen Landesregierung mit ihrer Bundesratsinitiative zur Verschärfung des § 218 macht es deutlich: Wenn der gegenwärtig angeschlagene Politiker der BRD gesucht wird, so ist der Ministerpräsident in Mainz, Bernhard Vogel Kandidat für die absolute Spitze.

Lediglich Bayern folgte Vogels Antrag im Bundesrat. Ein Antrag der beiden katholischen Hochburgen der CDU/CSU also. Vogels Beraterkreise, ausschließlich aus katholischen Kaderschmieden hervorgegangen, rieten ihm zu einem Durchmarsch zu einer Zeit, da klar war, daß auch breitere Teile der Unionsparteien und der FDP für eine Verschärfung des § 218 nicht zu haben waren, nachdem eine entsprechende Initiative im Bundestag bereits zurückgestellt war.

Diese politische Schlappe trifft die ganze Reaktion. Sie trifft aber vor allem einen Ministerpräsidenten, der wohl der einzige ist, dessen Skandallliste im vergangenen Jahr größer war als die in Bonn.

Seine Unterstützung für den jüngst verurteilten Ex-FDP-Landesvorsitzenden Scholl, seine totale Pleite mit dem Ludwigshafener Kabelprojekt, das die Steuerzahler so teuer zu stehen kam, die



Gegensätzliche Aussagen in konkreten Fällen: Kohl und von Brauchitsch

Was ist eine Lappalie?

Geradezu eine Anhäufung von Lappalien muß der ganze Prozeß gegen Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch sein — glaubt man den Angeklagten und ihren Verteidigern. So jedenfalls wurde es am letzten Verhandlungstag 85, dem 30. deutlich, als auch dort eine Art Zwischenbilanz gezogen wurde.

Eine Spende von 5000 DM — das ist für die Angeklagten wohl in der Tat eine Nichtigkeit. Schon für den Vorsitzenden Richter ist es keine. Für jemand, der dafür vielleicht drei Monate arbeiten muß, wohl erst recht nicht. Aber so jemand ist nicht im Gerichtssaal.

Auch die Tatsache, daß von Brauchitschs Aussagen an mindestens zwei Punkten den Ausführungen des Bundeskanzlers vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß diametral widersprechen — auch das wird als Lappalie behandelt.

Jemand, der es wichtig findet, daß ein Kanzler lügt, sitzt auch nicht im Gericht.

Es soll ein Totenreigen sein: Kaletsch, Nau, Karry — das sind die Männer, die es alleine genau wissen, nur: alle sind sie tot. Und es sind gesplattete Persönlichkeiten zuhauf am Werk. Buchhalter Diehl, der Vorbildliche, verschied im Oktober 77. Es kam aus der Asche Buchhalter Diehl, der Chaot: der einfach weiterhin Geldzahlungen an Lambsdorff registrierte, obwohl es die gar nicht mehr gab ...

Und diese ganzen syste-

matisch erzeugten Nebelschwaden werden durch eine neue Pressekampagne abgerundet, derzufolge die Angeklagten faktisch schon mit weißer Weste darstünden.

Trotzdem scheint es, als müßten die Betroffenen 86 eine andere Taktik einschlagen als die im Sommer letzten Jahres ausgearbeitete: Die hieß, alles zu verschleppen, bis endlich zuerst die Finanzgerichte urteilen würden. Diese würden den Politikerkauf als Betriebsausgabe verbuchen und damit der Sache ein Ende machen. Aber das erste Urteil eines Finanzgerichts fiel andersherum aus, anders auch als Gerichtspräsident Klein (CSU) dies verkündet hatte. Jetzt wächst die Wahrscheinlichkeit, daß es noch zu einer Serie von Strafprozessen kommen wird.

Erster gezielter Vorstoß 86 Chemiekapital für Sozialabbau

Die Kapitalisten der Republik, die in den letzten Jahren nicht müde wurden zu beteuern, daß es das „teure Sozialsystem“ sei, das die Arbeitslosigkeit hervorbringe gehen offensichtlich in die Phase verstärkter Öffentlichkeitsarbeit für eine konsequentere Wendepolitik über. Der Bundesarbeitsring Chemie machte dabei den ersten Vorstoß in diesem Jahr.

Er ließ in zahlreichen Presseorganen die Ergebnisse einer von ihm in Auftrag gegebenen Umfrage zur Sozialpolitik in der BRD veröffentlichen — Ergebnisse, die dermaßen eindeutig auf der Linie der Unternehmer liegen, daß es jeden überraschen muß. Nicht weil bürgerliche Auffassung keinen Einfluß auf das Denken breiter Kreise der werktätigen Bevölkerung hätten, ist diese Umfragekampagne so zu werten, sondern wegen des Ausmaßes und der Eindeutigkeit ihrer Ergebnisse.

So berichtet das Emnid-Institut, daß 69 Prozent der Befragten auf dem Standpunkt stehen würden jeder müsse selbst für sein eigenes Leben sorgen. In der Tat eine erstaunlich Frage vor allem. Daß nicht große Teile meinen, andere müßten für sie sorgen, erscheint von jeher deutlich auf der Hand. Nur ziehen die Chemiekapitalisten daraus den mutigen Schluß, diese 69 Prozent der Befragten wollten eine Ver-

änderung der sozialen Sicherungssysteme in Richtung auf mehr Privatversicherung.

Die einzige Frage des ganzen Katalogs jedoch, in der andeutungsweise zumindest eine korrekte Alternative aufgestellt wurde, die nämlich danach, ob der Befragte für gesetzliche oder private Krankenversicherung sei, ergab eine Dreiviertelmehrheit für die gesetzliche Krankenversicherung — ein Ergebnis, das keineswegs so ins Bild paßte wie gewünscht, weshalb es auch nur unter „ferner liefen“ notiert wurden.

Es wird also versucht, mit manipulierten Ergebnissen eine Kampagne in der Öffentlichkeit zu organisieren — das ist der neue Schritt, nicht, daß da überhaupt manipuliert wird. Ein solches Vorgehen steht offensichtlich in koordiniertem Einklang mit den Plänen neuer Angriffe auf die Sozialsysteme nach der nächsten Bundestagswahl.

Impressum

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A) FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

Der Wunschzettel der Reaktion

Ein Katalog der Drohungen

Alljährlich zu Sylvester veröffentlicht das „Handelsblatt“ eine Sondernummer, in der zahlreiche Vertreter der Bourgeoisie ihren jeweiligen Standpunkt zu dem, was im kommenden Jahr (oder in den kommenden Jahren) politisch geschehen soll, darlegen. Auch in diesem Jahr schreiben dort mehrere Dutzend Männer und eine Frau. Von Kanzler Kohl über verschiedene Bundesminister, Ministerpräsidenten von Bundesländern, den Chefs von BDI und BDA und einzelner

Kapitalistenverbände ist nahezu alles vertreten, was Rang und Namen hat. Von der SPD lediglich Rau und Vogel, sowie Breit. Sie alle ziehen auf ihre Weise eine Bilanz der Wende — und sie alle schreiben wenig über das Jahr 86 sondern fast nur über die nächste Legislaturperiode nach der Bundestagswahl im Februar 87. Im folgenden wollen wir die Aussagen einiger der Autoren kurz kommentieren.

Kohls Litanei

Unter der Überschrift „1986: Der Aufschwung trägt“ betätigt sich der Bundeskanzler als Leitartikler dieser Sondernummer. Nichts Neues ist es, was er da verkündet — für diejenigen, die seine letzten Ausführungen im Bundestag oder in anderen Medien zum Jahreswechsel kennt. Sein ganzer Artikel ist ein einziger

Wahlauftritt zugunsten seiner Partei unter dem Motto „alles ist auf dem rechten Weg, laßt uns weitermachen“.

Dazu verdreht er in bekannter Weise verschiedenste Tatsachen, leugnet Sozialabbau ebenso wie das Problem der Arbeitslosigkeit und kündigt weitere Verbesserungen der Bedingungen für unternehmerische Tätigkeit an. „Und vor allem geht es

seit Mitte 84 mit der Beschäftigung wieder stetig bergauf.“ — So lautet sein zentraler Satz zur Arbeitslosigkeit.

Die verschiedenen Ausführungen Kohls lassen sich nur so interpretieren, daß er verspricht, die zahlreichen Forderungen, die im Rahmen dieses Wunschzettels erhoben werden, im Rahmen der politischen Möglichkeiten zu erfüllen.

An Bayerns Wesen...

Der bayerische Ministerpräsident lobt die Bundesregierung — sozusagen als die zweitbeste der Republik, nach seiner eigenen. Er weist dabei insbesondere auf die Konsequenz hin, mit der in Bayern Politik betrieben würde. „Das Notwendige erkennen und durchsetzen war, ist und bleibt die politische Leitlinie der bayerischen Staatsregierung... Der Flughafen München II und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf werden gebaut, obwohl es bequemer gewesen wäre, massiven örtlichen Widerständen nachzugeben.“

Strauß trägt darüber hinaus — und dabei vermisst er wohl vor allem in Bonn die bayerische Konsequenz — ein leidenschaftliches Plädoyer für ein offizielles politisches Abkommen der Bundesregierung über die SDI-Beteiligung vor. „Das Eureka-Programm ist dazu keine Alternative, sondern bestenfalls eine bescheidene Ergänzung.“

Einfach weniger Steuern

Das ist das Motto, unter dem durch die Bank alle Kapitalisten argumentieren. Sei es Otto Wolff von Amerongen (DIHT), Esser (BDA), Langmann (BDI), Schroeder Hohenwarth (Bankenverband) oder Herrhausen (Deutsche

Bank) — es wird sehr deutlich, daß eine Steuerreform ihr aktuellster Wunsch ist, sie fordern es ganz massiv für die nächste Periode des Bundestages.

„Die hochtechnologische, innovative Industrie wird ihren Standort dort hinlegen, wo unter Berücksichtigung der örtlichen Infrastruktur die höchste Rendite nach Steuern verbleibt.“ (von Amerongen). In diesem Zusammenhang wird dann verschiedentlich auf den Kapitalfluß in die USA hingewiesen, der angeblich vor allem wegen günstiger Steuerbedingungen stattgefunden habe und so getan wird, als gäbe es die ganze Frage der Zinsspekulation gar nicht.

Verschiedene der in diesem Zusammenhang getroffenen Aussagen richten sich neben den Bundessteuern auch ganz ausdrücklich gegen die Gewerbesteuer, die es massiv zu senken gälte.

Die Normalbelastung der Schweiz — das ist die Richtlinie, die von Amerongen in seinem Beitrag skizziert, wobei man sich daran erinnern sollte, daß die Schweiz allgemein als Steuer- und Finanz-oase gilt.

Eine solche Veränderung des Steuerwesens, wie sie von den verschiedenen Kapitalisten so ausdrücklich und einhellig gewünscht wird, hätte sicherlich weitreichende Folgen für die Staatsfinanzen, auch wenn nicht die Rede davon sein kann, daß die Unternehmer auch nur annäherungsweise die Steuern bezahlen, die sie laut den entsprechenden Sätzen bezahlen müßten. Bekannt sind die ganzen Rechnungen mit Eigenkapital, bei denen das gesamte angehäufte Kapital das oft genug zu Spekulationszwecken benutzt wird, einfach nicht auftaucht.

„Unsere wichtigsten Konkreten haben ihr Steuersystem bereits geändert, oder planen weitere Umstrukturi-

erungen.“ So schreibt es der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Schroeder-Hohenwarth, und verweist dabei auf die Steuergesetzgebung in den USA, in Großbritannien und in Japan.

Teilinteressen

Die verschiedenen Vertreter sowohl der Bundesländer als auch einzelner Kapitalistenverbände haben neben den gemeinsam vorgetragenen Forderungen auch noch jeweils die besonderen Teilinteressen ihrer Branche vorzutragen.

Diese sind bei solchen Branchen wie der Bauwirtschaft oder der Textilindustrie weitgehend bekannt und seit Jahren gleich. Besonders auffallend ist, wie stark von Seiten verschiedener Banker die Frage der Sparförderung aufgeworfen wird — sie sei überholt und könne dann abgeschafft werden, wenn auch die steuerliche Förderung des Bausparens beispielsweise abgeschafft würde, da es ansonsten zu Wettbewerbsverzerrungen komme.

Das ist der Interessenkonflikt, der sich bereits seit einigen Jahren zwischen Banken auf der einen, Bausparkassen und Versicherern auf der anderen Seite entwickelt hat, und der nun schärfer zu werden scheint.

Politische Bewertungen

Eindeutig politische Bewertungen des vergangenen Jahres und der Aussichten der Bundestagswahl nehmen die Vertreter der wichtigsten Kapitalistenverbände vor. Hans Joachim Langmann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der sich ebenfalls vor allem der Steuerfrage annimmt, leitet seinen Beitrag mit der Hinweiszeile „Es ist der Bundesregierung hoch anzurechnen, daß sie die

steuerliche Entlastung der Bürger zu ihrem zentralen Anliegen machte“ ein.

In seinem Beitrag vor allem wird deutlich, daß die bundesdeutschen Großkapitalisten sehr geschlossen hinter ihrer Wenderregierung stehen, daß wenn überhaupt — wie es auch schon in den beiden letzten Jahren zu sehen war — Kritik aufkommt, so nur daran, daß das Tempo für bestimmte Maßnahmen zu gering sei. Ausdrücklich werden sowohl in seinem Beitrag wie auch in denen zahlreicher anderer Autoren dieser Sondernummer verschiedene sozialdemokratische Konzepte (und keineswegs nur die Forderung nach Beschäftigungsprogrammen à la Roth) zurückgewiesen. Heinrich Weiss, Topmanager bei Schloemann-Siemag und Vorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU, überschreibt seine programmatischen Artikel mit „Die Staatstätigkeit auf die wirklich notwendigen Aufgaben beschränken“. Was viele seiner Kollegen — die ja fast alle auch Mitglieder des CDU-Wirtschaftsrates

sind — nur ansatzweise oder in Einzelfragen behandeln, bei Weiss wird es zum Programm. Beschränkung der Staatstätigkeit — das ist keinesfalls die plumpe Losung „weniger Staat“, sondern fordert geradezu eine Verstärkung der Staatsaktivitäten in bestimmten Bereichen — vor allem eben der Förderung des Unternehmertums.

„Die Staatstätigkeit sollte auf die wirklich notwendigen Aufgaben beschränkt werden. Als konkrete Maßnahmen wurden die Privatisierung von Bundesunternehmen, der Abbau der Subventionen und die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse genannt.“

Was da in recht knappen Worten zusammengefaßt ist, erweist sich als ein ganzes gesellschaftspolitisches Programm (denn unter „Subvention“ werden dann unter der Hand auch solche Dinge wie Wohngeld gerechnet, und Hemmnisse sind im Unternehmerdeutsch in der Regel verschiedenste Schutzvorschriften).

Bezeichnenderweise taucht in allen Artikeln der CDU-Politiker und der Kapitalisten der Begriff „soziale Marktwirtschaft“ nicht mehr auf. Nur dort, wo direkte Appelle zum Lohnverzicht gestartet werden.

Gegen Sozialabbau

Vergünstigungspaß in Dortmund?

In Vorbereitung seines zweiten Dortmunder „17%-Marsches“ hat das hiesige Anti-Rotstiftkomitee mit einer Kampagne für einen kommunalen Vergünstigungspaß begonnen. Anknüpfend an Forderungen in anderen Städten nach einem Arbeitslosen- bzw. Sozialpaß wurde dies in dem Komitee, dem zahlreiche politische und gesellschaftliche Organisationen sowie Selbsthilfegruppen angehören so beschlossen — eine Alternative, die sicher diskussionswürdig ist.

In dem Aufruf zur Kampagne für diesen Kommunalpaß heißt es:

Viele Menschen unserer Stadt können ihren Lebensunterhalt sowie Grundbedürfnisse ihres täglichen Lebens, wie Miete, Strom, Heizung kaum noch sicherstellen und sich nicht mehr am kulturellen und gesellschaftlichen Leben beteiligen. Die Stadt Dortmund ist aufgefordert, folgende Sofortmaßnahmen einzuführen und entsprechende Mittel bei den laufenden Haushaltsberatungen bereitzustellen:

1. Null-Tarif bei der Benutzung von S- und U-Bahnen, sowie Omnibussen innerhalb der Stadt. Entsprechende Vereinbarungen sind mit dem VRR zu treffen.

2. Die Benutzung der Dortmunder Hallen- und Freibäder ist für Betroffene kostenlos.

3. Der Eintritt für kulturelle städtische Einrichtungen und Veranstaltungen (Theater, Kindertheater, VHS, Museen, Tierpark, Westfalenpark, Stadt- und Landesbibliothek) entfällt für die Betroffenen.

4. Die städtischen und Hoesch-Kantinen sind (bei entsprechender personeller und räumlicher Erweiterung) auch für die Betroffenen zu nutzen.

5. Städtische Verwaltungsgebühren (z.B. Wohnberechtigungsschein) entfallen für die Betroffenen. Ebenfalls ist die Benutzung von Kindergärten und Kindertagesstätten für die Betroffenen kostenlos.

Der Kreis der Berechtigten sollte an einer Einkommensgrenze festgemacht werden. Als Einkommensgrenze ist ein Betrag festzusetzen, der 30 Prozent über dem So-

zialhilfebedarf einer Person oder Familie liegt.

Warum „kommunale Vergünstigungen? Im März 1985: -44842 Menschen in Dortmund arbeitslos, 27000 Sozialhilfeempfänger.

Dies sind offizielle Zahlen; es kann davon ausgegangen werden, daß viele Berechtigte ihre Ansprüche nicht geltend gemacht haben. Die Zahl derer, die vom Arbeitsamt keinerlei Leistungen bekommen, liegen bei 37 Prozent der Arbeitslosen. Das Durchschnittsalter der Dortmunder Arbeitslosen liegt bei 32 Jahren.

Wie stark mittlerweile elementare Lebensbedürfnisse bedroht sind, zeigt die Zahl der Gas- und Stromlieferungen: 1984 sperrten die Stadtwerke 1549 Haushalte das Gas. 1983 verhängte die VEW Dortmund 3500 Stromlieferungen.

1984 lag die Zahl der Wohnungskündigungen, Räumungsklagen und Räumungstermine bei 3285. Zu den lebensbedrohlichen Gefahren kommen die Einschränkungen im alltäglichen Leben hinzu. Ein ganz normaler Besuch im Dortmunder Tierpark kostet für eine 4köpfige Familie 24,90 Mark (nur Fahrtkosten und Eintritt).

Die Einführung eines Vergünstigungspasses könnte den Weg in die Isolation auffangen.

Auch wenn sich Fragen erheben, wie das gehen soll mit dieser Art Paß, so ist die ganze Kampagne selbstverständlich unterstützenswert und wie bereits gesagt, diskussionswürdig — gerade für solche Leser, die in diesem Bereich engagiert sind, vielleicht ein Anlaß, sich zu Wort zu melden.

Grüße aus Kalifornien

Amnesty Mendocino begrüßt die Freilassung von Manfred Wilhelm

Die Ortsgruppe Mendocino (bei Fort Bragg) Kalifornien, USA von Amnesty International — eine der vier Amnesty-Gruppen, die sich für die Freilassung von Manfred Wilhelm (in diesem Fall) und Andreas Bortfeldt aus der DDR-Haft einsetzen — begrüßt die Freilassung ihres „Schützlings“. Dazu gab es sogar einen ausführlichen Bericht in der örtlichen Presse. (Siehe nebenstehenden Ausriß aus dem „Mendocino Beacon“ vom 12.12.85). Die AI-Gruppe von Mendocino hatte, wie die anderen AI-Gruppen auch, die ganzen Jahre über die beiden Genossen betreut, Briefe geschrieben, Protestaktionen organisiert, Geld gespendet. Für diese Solidarität gebührt der Gruppe auch der Dank der ganzen Partei.

Amnesty International cheers Wilhelm's release

Manfred Wilhelm, a German citizen, was released from custody in the Soviet Union after a long and difficult struggle by Amnesty International. The group in Mendocino, California, expressed its joy and support for the release of Wilhelm, who had been held in custody for several years. The group also expressed its hope that other political prisoners would be released soon.

California obstetricians stopping deliveries

Obstetricians in California are stopping deliveries to women who are pregnant with a fetus that has Down's syndrome. This is a controversial issue, and the American Medical Association has taken a strong stance against it. The California Medical Association has also taken a strong stance against it, and has threatened to sue any doctor who stops deliveries on this basis.

Craig D. Edwards, representing Merrill Lynch, Pierce, Fenner & Smith Inc., is the lead underwriter for the \$100 million bond issue for the California State Lottery.

1-800-824-8023

Member New York Stock Exchange

ARCHITECTS: MICHAEL LEVENTHAL, ROBERT SCHLOSSER AIA, MENDOCINO

Sierra

Gesamtmetall:

Niedrigstlohn für Arbeitslose?

In einem Gespräch mit der Zeitung „Die Welt“ forderte der Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, Kirchner, eine „tarifvertraglich abgesicherte und zeitlich befristete Einstiegslohngruppe“, in die Arbeitslose bei einer Neueinstellung zunächst eingruppiert werden sollten. Für die IG Metall hat Franz Steinkühler erklärt, die Gewerkschaft könne einem „solchen Einstieg in die Aushöhlung des tariflichen Mindestlohnsystems durch die Hintertür“ niemals zustimmen.

Daß die Unternehmer behaupten, die angeblich zu hohen Tariflöhne seien eine Barriere für die Einstellung von Arbeitslosen, ist nicht neu. Auf dieser Argumentation läuft schon seit geraumer Zeit eine Unternehmerpropaganda, die das Ziel verfolgt, die Möglichkeit der Unterschreitung der tariflichen Mindestbedingungen durchzusetzen.

Neu an Kirchners Vorschlag ist vor allem die Schlitzohrigkeit, die Aushebelung des tariflichen Mindestlohnsystems „tariflich absichern“ zu wollen. Ausdrücklich legte Kirchner Wert auf die Feststellung, niemand wolle das Tariflohnsystem „außertariflich oder untertariflich außer Funktion setzen“.

Die taktische Spekulation, die diesem Vorschlag zugrundeliegt, ist durchsichtig. Ein frontaler Angriff auf das Tariflohnsystem führt zur Solidarisierung aller Arbeiter. Darum will Gesamtmetall nun die ungelerten und angelernten Arbeiter unter das Tariflohnniveau drücken, gleichzeitig aber die Facharbeiterschaft und die qualifizierten Angestellten mit der Zusage, die Verbindlichkeit von Tarifverträgen

werde anerkannt, beruhigen. Kirchners Vorschlag paßt so nahtlos in die allgemeine Spaltungsstrategie „Stammbelegschaft — Randbelegschaft“ hinein.

Daß nach Kirchners Vorstellung, die Eingruppierung in den Arbeitslosenonder-tarif zeitlich befristet sein soll, hat wohl eher kosmetische Bedeutung. Eine zeitlich befristete Eingruppierung in den Niedrigstlohn würde sich in der betrieblichen Praxis höchstwahrscheinlich mit der durch das Beschäftigungsförderungsgesetz hervorgerufenen Ausweitung der befristeten Beschäftigung verbinden.

Zu einem ganz erheblichen Teil stünde keineswegs die Übernahme in den normalen Tariflohn am Ende der von Kirchner zugestanden zeitlichen Befristung, sondern schlicht und ergreifend die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wären wieder arbeitslos und hätten allenfalls Aussicht, erneut Arbeit zum Arbeitslosentarif zu finden. Tatsächlich würde Kirchners Vorschlag also darauf hinauslaufen, eine große Arbeiterschicht dauerhaft aus dem jetzigen Tariflohnsystem auszugliedern.

BMW

Widersprüchliches BAG-Urteil

Am 19. Dezember hatte das Bundesarbeitsgericht in Kassel über den Weiterbeschäftigungsanspruch von Peter Vollmer gegen BMW zu entscheiden. Es hat entschieden, daß das Westberliner Landesarbeitsgericht noch einmal über die Frage von Peter Vollmers Weiterbeschäftigung verhandeln muß. Das Solidaritätskomitee für die entlassenen BMW-Gewerkschafter kommentiert das Urteil in einem Rundschreiben vom 20.12.85 wie folgt:

Einerseits wurde der Revisionsklage von BMW gegen das Landesarbeitsgerichtsurteil zur Weiterbeschäftigung von Peter Vollmer stattgegeben. Andererseits wurde betont, daß Nachfolge- und Troztkündigungen anders zu behandeln seien als Erst-kündigungen. Einerseits wurde festgestellt, Nachfolge-Kündigungen würden einen Weiterbeschäftigungsanspruch außer Kraft setzen, wenn sie nicht „offensichtlich unbegründet“ sind. Andererseits wurde den Landesarbeitsgerichten die Kompetenz zugestanden, über Folgekündigungen hinsichtlich des Weiterbeschäftigungsanspruchs auch dann zu entscheiden, wenn eigentlich noch die unteren Instanzen damit befaßt sind.

Einerseits wurde entschieden, daß Vollmer von dem Moment an keinen Weiterbeschäftigungsanspruch mehr gehabt habe, als BMW ihm im September 84 zum 3. Mal kündigte; andererseits teilte der Vorsitzende Richter der Presse mündlich mit, künftig gelte der Weiterbeschäftigungstitel trotz einer neuen Kündigung des Arbeiters weiter, bis ein Gericht die Frage der Offensichtlichkeit geprüft habe.

Wenn man das Urteil optimistisch interpretiert,

wird man sagen können: Den Arbeitgebern sind Kettenkündigungen erschwert worden, weil Nachfolgekündigungen die Weiterbeschäftigung nicht mehr automatisch außer Kraft setzen und weil die Arbeitsgerichte künftig auf Troztkündigungen flexibler reagieren dürfen.

Es bleibt allerdings das Problem, daß die Arbeitgeber mit Kettenkündigungen durchkommen, wenn sie sich neue „Kündigungssachverhalte“, die dazu führen, daß die Gerichte einen Beurteilungsspielraum haben, einfallen lassen. Denn wenn ein solcher Beurteilungsspielraum gegeben ist, dann ist eine Kündigung laut BAG eben nicht „offensichtlich unbegründet“. Das kann man auch als Freibrief für die Fortsetzung der Kettenkündigungspraxis wie bei BMW verstehen.

Für Peter Vollmer und den BMW-Fall bedeutet dieses Urteil nur eine Verzögerung. Das Landesarbeitsgericht Berlin wird nun erneut die BMW-Anwälte zu der Frage zu hören haben, ob es nicht ausnahmsweise Gründe gäbe, den Arbeitnehmer Vollmer trotz erstinstanzlicher Abweisung aller Kündigungen von der Weiterbeschäftigung auszu-schließen.

Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen

Aufruf zur zweiten Tagung

Vom 12.—17. 1. 1986 treffen sich die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen aus dem Bundesgebiet und Westberlin in der Bildungsstätte der IG Druck und Papier in Lage-Hörste zu ihrer zweiten Tagung.

Zu dem Themenschwerpunkt „Beschäftigungspolitik / 2. Arbeitsmarkt / ABM“ sind — wegen der Bedeutung der Problematik für Arbeitslose und Beschäftigte — auch Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauensleute eingeladen. Dabei ist insbesondere an Kolleginnen und Kollegen aus gefährdeten Betrieben gedacht. Besondere Berücksichtigung sollen die Erfahrungen von Belegschaftsinitiativen im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze finden.

Arbeitslosigkeit entsteht in den Betrieben und öffentlichen Verwaltungen. Reguläre Arbeitsverhältnisse werden zunehmend ganz vernichtet oder aber „flexibilisiert“. Auch über die drastischen Einschränkungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, verbunden mit der Erhöhung des Annahmewangs unqualifizierter, unterbezahlter Arbeit (Zumutbarkeitsanordnung, Sperrzeiten) wird der sogenannte „zweite Arbeitsmarkt“ ausgeweitet. Er hat die Funktion, das Lohnniveau zu drücken, Schutzrechte wie beispielsweise den Kündigungsschutz auszuhebeln. Belegschaften in Stamm- und Randbelegschaften aufzuspalten, gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung weiter einzuschränken. Ausdruck des bereits vorhandenen Abbaus des Arbeitsrechts ist das „Beschäftigungsförderungsgesetz“, das das Flexibilisierungskonzept der Unternehmer legitimiert und weiter erleichtert.

Während die Noch-Beschäftigten Lohneinbußen, Leistungsdruck, Überstunden und gesundheitliche Schädigungen in Kauf nehmen, um der drohenden Arbeitslosigkeit zu entgehen, müssen Arbeitslose, um überhaupt existieren zu können, Leiharbeit, Schwarzarbeit, Teilzeit- und befristete Beschäftigungen annehmen. Mit dem Ausbau des zweiten Arbeitsmarktes setzen Regierung und Unternehmer auf den zeitweilig beschäftigten Arbeitslosen, den Arbeitnehmer auf Zeit, der der Unternehmerwillkür völlig ausgeliefert und gegen eine gewerkschaftliche Mobilisierung immun ist.

Darüber hinaus bestehen mit ehrenamtlichen Diensten und der Pflicht zur Arbeit total entrechtete Arbeitsverhältnisse, die den Abbau demokratischer Rechte fördern und eine Militarisierung der Arbeit bedeuten.

Die Senkung von Löhnen, Lohnersatzleistungen und anderen sozialen Leistungen soll den Kapitalbedarf für die zur weiteren Arbeitsplatzvernichtung eingesetzten neuen Technologien und ihre Weiterentwicklung decken, soll die explodierenden Kosten der lebensbedrohenden Hochrüstung finanzieren.

Dieser gewaltige Umverteilungsprozeß geht einher mit der Einschränkung der Möglichkeiten gewerkschaftlicher Gegenwehr. Dazu dienen die geplante Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes sowie die verstärkten Angriffe auf das Streikrecht und die gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen.

Die Aktionswoche des DGB, an der sich zahlreiche Arbeitslosengruppen beteiligten, war ein wichtiger, aber nur ein erster Schritt, um diese Angriffe abzuwehren. In dieser Woche hat sich gezeigt, daß es deutliche Fortschritte in der Zusammenarbeit von Arbeitslosen und Gewerkschaften gibt. Arbeitslose sprachen auf Kundgebungen, in Betriebsversammlungen und wurden zu Diskussionen geladen. Diese begonnene Zusammenarbeit soll gefestigt werden.

Die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen verstehen ihre Tagung als einen Beitrag, den Druck der Arbeitslosigkeit auf die Situation der Beschäftigten zu verdeutlichen, Alternativen zu formulieren und Schritte zum gemeinsamen Handeln zu diskutieren.

Gegen Arbeit ohne Recht — für das Recht auf menschenwürdige Arbeit!

Beschlossen auf der Sitzung vom 22.11.1985 in Lage/Hörste Koordinierungsausschuß gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in der BRD c/o Arbeitsloseninitiative Lage/Lippe 4937 Lage; Schulstr. 12a; Tel.: (05232) 5673

1986: höhere Sozialabgaben

Sozialabgaben 1986										
Monats- lohn	Rentenversicherung			Arbeitslosenvers.			Krankenversicherung			Gesamt- änderung
	1986	1985	Änder.	1986	1985	Änder.	1986	1985	Änder.	
1000	96,00	96,00	—	20,00	20,50	- 0,50	67,00	63,00	+ 4,00	+ 3,50
2000	192,00	192,00	—	40,00	41,00	- 1,00	134,00	126,00	+ 8,00	+ 7,00
3000	288,00	288,00	—	60,00	61,50	- 1,50	201,00	189,00	+ 12,00	+ 10,50
4000	384,00	384,00	—	80,00	82,00	- 2,0	268,00	252,00	+ 16,00	+ 14,00
4050	388,80	388,80	—	81,00	83,03	- 2,03	271,50	255,15	+ 16,20	+ 14,17
4100	393,60	393,60	—	82,00	84,05	- 2,05	274,70	255,15	+ 19,55	+ 17,50
4200	403,20	403,20	—	84,00	86,10	- 2,10	281,40	255,15	+ 26,25	+ 24,15
4500	432,00	432,00	—	90,00	92,25	- 2,25	281,40	255,15	+ 26,25	+ 24,00
5000	480,00	480,00	—	100,00	102,50	- 2,50	281,40	255,15	+ 26,25	+ 23,75
5400	518,40	518,40	—	108,00	110,70	- 2,70	281,40	255,15	+ 26,25	+ 23,55
5500	528,00	518,40	9,60	110,00	110,70	- 0,70	281,40	255,15	+ 26,25	+ 35,15
5600	537,60	518,40	19,20	112,00	110,70	+ 1,30	281,40	255,15	+ 26,25	+ 46,75

Wegen in der Regel höherer Beiträge zur Krankenversicherung müssen wir 1986 insgesamt für die Sozialabgaben tiefer in die Tasche greifen.

Die Beiträge zur Rentenversicherung bleiben unverändert bei 19,2 Prozent, wovon der Arbeitnehmeranteil 9,6 Prozent beträgt. Weil die

Bemessungsgrenze von 5400 auf 5600 DM erhöht wurde, weist obige Tabelle für Monatseinkommen von 5500 DM und 5600 DM entsprechende Beitragserhöhungen auf.

Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden von 4,1 auf 4,0 Prozent gesenkt. Der Arbeitnehmer-

anteil beträgt jetzt statt 2,05 Prozent 2 Prozent. Pro 1000 DM Lohn/Gehalt ergibt sich daraus eine Beitragssenkung von 0,50 DM im Monat. Diese Beitragssenkung wird aus den Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit finanziert, die durch gravierenden Leistungsabbau der vergangenen Jahre zustande-

gekommen sind. Von den 750 Millionen, die diese Mini-Beitragssenkung kostet, fließen nun 375 Millionen in die Taschen der Unternehmer. In die populäre Form einer Beitragssenkung gekleidet, haben wir es also vor allem mit einer handfesten Umverteilung von den Arbeitslosen, bei denen das Geld eingespart wurde, zu den Unternehmern zu tun. Auch für die Arbeitslosenversicherung wurde die Beitragsbemessungsgrenze auf 5600 DM angehoben.

Spürbar sind in der Regel die Beiträge zur Krankenversicherung gestiegen. Das ist nach Krankenkasse unterschiedlich und auch zwischen den einzelnen Ortskrankenkassen. Den Zahlen der Tabelle liegt das Beispiel der AOK Unna zugrunde. Hier stieg der Beitragssatz von 12,6 auf 13,4 Prozent, entsprechend der Arbeitnehmeranteil von 6,3 auf 6,7 Prozent, was pro 1000 DM Lohn/Gehalt 4,— DM im Monat ausmacht. Die Beitragsbemessungsgrenze wurde von 4050 auf 4200 DM angehoben.



RM-Sonderdruck zur Lage in der Stahlindustrie

Zur Lage in der Stahlindustrie ist ein achtseitiger (DIN A4) RM-Sonderdruck erschienen. Er enthält Artikel, die in den letzten Monaten im „Roten Morgen“ enthalten waren, die sich vor allem mit den Plänen der Stahlkapitalisten auseinandersetzen.

Der Sonderdruck kann beim Verlag Roter Morgen für 0,20 DM bestellt werden.

Zur Bedeutung des Kampfes gegen die geplante Änderung des § 116 AFG

Stoppt das Gesetz!

„Stoppt das Gesetz!“ ruft die ‚metall‘ in ihrer Sondernummer vom 7. Januar auf. Quer über die Innenseiten in großer Aufmachung ein ungewöhnlicher Appell an die Tradition der Arbeiterbewegung: „Brüder, in eins nun die Hände!“

Die Dramatik des Appells ist berechtigt. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf zur Neufassung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes berührt die Frage der Existenz der Gewerkschaften als autonome, solidarische und kampffähige Interessenorganisation der Lohnabhängigen im Kern.

Noch schärfer als der Franke-Erlaß

Der Regierungsentwurf will den Franke-Erlaß in Gesetzesform gießen, insofern er festlegt, daß die Zahlung von Kurzarbeitergeld ruht, wenn der Betrieb, in dem der Unternehmer kalt aussperrt, „nicht dem räumlichen, aber dem fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags zuzuordnen ist und im räumlichen Geltungsbereich des Tarifvertrages, dem der Betrieb zuzuordnen ist, eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist.“

Nach dieser Formulierung hätten die kalt ausgesperrten Metaller 1984 beim Kampf für die 35-Stunden-Woche auch außerhalb der Kampfgebiete Hessen und Baden-Württemberg kein Kurzarbeitergeld erhalten, wie es ihnen von den Sozialgerichten entgegen dem Franke-Erlaß dann doch zugesprochen worden ist.

Ausschlaggebend ist, daß der Regierungsentwurf nicht mehr die Gleichheit der erhobenen Forderungen voraussetzt, sondern nur noch die nach Art und Umfang annähernde Gleichheit mit einer Hauptforderung des Arbeitskampfes. In der Begründung des Gesetzes wird nun diese der Intention des Franke-Erlasses entsprechende Regelung noch einmal verschärft. Der Franke-Erlaß konnte sich immerhin noch darauf berufen, daß von der IG Metall die Forderung nach der 35-Stunden-Woche tatsächlich in allen Tarifbezirken erhoben worden war.

In der Begründung der Gesetzesänderung durch die Bundesregierung aber heißt es nun: „Eine Forderung braucht aber auch nicht immer von den zur Entscheidung berufenen Gremien ausdrücklich erhoben zu sein. Es genügt, wenn sie nach den Gesamtumständen, d.h. aufgrund konkludenten (schlüssigen - RM) Verhaltens als erhoben anzusehen ist.“

Das bedeutet, der betroffenen Gewerkschaft wird selbst die eigenständige Entscheidung darüber, ob sie eine nach Art und Umfang annähernd gleiche Forderung beschließt, noch verweigert. Schon aus dem Verhalten einer Gewerkschaft — etwa aus der Diskussion und Beschlußfassung ihrer Gewerkschaftstage — soll geschlossen werden können, daß eine Forderung faktisch erhoben wird.

Es geht um das Streikrecht!

Natürlich bestreitet die Bundesregierung — allen voran Norbert Blum, daß durch die eingeleitete Änderung des § 116 die Frage des Streikrechts berührt wird. Sie beruft sich darauf, daß formaljuristisch ein Eingriff in das Streikrecht — über die ohnehin bestehenden starken Beschränkungen hinaus — nicht vorgenommen wird.

Bei anderen Gelegenheiten erweisen sich die Unionspolitiker kei-

neswegs so blind gegenüber dem eigentlich leicht begreiflichen Sachverhalt, daß ein formal garantiertes Recht seine materielle Geltung verliert, wenn die juristischen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gestaltet sind, daß es praktisch unmöglich wird, das formal existierende Recht tatsächlich wahrzunehmen. Man hat beispielsweise noch nie gehört, daß Unionspolitiker den Umstand, daß in der DDR das Recht auf Meinungsfreiheit formal garantiert ist, besonders gewürdigt hätten.

Ein formales Streikrecht, selbst wenn es umfassender als gegenwärtig in der Bundesrepublik wäre, wird politisch irrelevant, wenn gleichzeitig durch andere gesetzliche Maßnahmen die materielle Fähigkeit der Gewerkschaften zum Streik zerstört wird.

Genau das geschieht in erheblichem Umfang mit der geplanten Änderung des § 116 AFG.

Wir wollen präzise sein: die eingeleitete Änderung des § 116 würde bedeuten, daß ein Streik mit einer Streikgeldregelung, die die Gewerkschaftsmitglieder im Arbeitskampf vor krasser Existenznot schützt, für die IG Metall nicht mehr zu finanzieren wäre. Müßte die IGM nach einer Änderung des § 116 aus Gründen unabdingbarer Solidarität die kalt ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen genauso unterstützen wie die streikenden und „heiß“ ausgesperrten Gewerkschaftsmitglieder, wäre nicht nur die geltende Streikgeldregelung, sondern auch eine sehr viel bescheidenere, in absehbarer Zeit nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Natürlich ist das nicht gleichzusetzen mit einer umstandslosen Aufhebung des Streikrechts. Aber es bedeutet, daß unter den Bedingungen, unter denen bisher gestreikt wurde, künftig nicht mehr gestreikt werden kann. Wenn ein Streik, wie ihn die IG Metall 1984 geführt hat, künftig nur noch unter materiellen Bedingungen möglich sein soll, unter denen etwa die britischen Bergarbeiter und die NUM ihren Streik führen mußten, dann ist diese vom Staat gesetzlich herbeigeführte gravierende Verschlechterung der Kampfbedingungen doch offensichtlich eine einschneidende Einschränkung des Streikrechts.

Es geht um Gewerkschaftsfreiheit

Der Angriff von Kapital und Reaktion auf das Streikrecht erfolgt nicht im luftleeren Raum. Die Entschlossenheit der Unternehmerorganisationen, über die Änderung des § 116 die Streikfähigkeit der Gewerkschaften entscheidend zu schwächen, steht offensichtlich in direkter Verbindung zum Verlauf und zum Ergebnis des Streikkampfes 1984 für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Trotz der offenkundig in vieler Hinsicht auch für die Gewerk-

schaften unzureichenden und nachteiligen Tarifabschlüsse in der Metall-, Stahl- und Druckindustrie stehen die Resultate dieser Auseinandersetzung quer zu den wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und ihren gesellschaftspolitischen Bestrebungen, die diesen ökonomischen Interessen zum Durchbruch verhelfen sollen.

Die durchgesetzte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch in dem erreichten bescheidenen Umfang steht dem unternehmerischen Streben nach Verbilligung der Arbeitskraft entgegen. Vor allem hat sie in der gesellschaftlichen Diskussion eine völlig neue Lage geschaffen: angesichts der anhaltenden, auch 1985 im Jahresdurchschnitt gestiegenen Massenarbeitslosigkeit wird heute die Arbeitszeitverkürzung im wesentlichen als positive und notwendige Entwicklung in der öffentlichen Diskussion gehandelt, und eine Mehrheit geht von der Erwartung aus, daß die Arbeitszeit in den nächsten Jahren weiter verkürzt wird.

ankern. Die Gewerkschaften, die wie die IG Chemie bereit sind, auf die Flexibilisierungsstrategie der Unternehmer einzugehen, können demgegenüber kaum auf vergleichbare Erfolge ihrer Haltung verweisen.

Die zynische Sprache der Militärstrategen kennt den Begriff des „chirurgischen Schlages“ im Unterschied zum globalen Angriff. Die geplante Änderung des § 116 stellt einen solchen „chirurgischen Schlag“ gegen die Gewerkschaftsfreiheit — im Unterschied zum globalen Angriff etwa unter der Losung „Zerschlagt die Gewerkschaften!“.

Er trifft aufgrund der Branchenstruktur und ihrer tarifpolitischen Gestaltung vor allem die IG Metall, der hinsichtlich der Rolle des DGB als gesellschaftliche Gegenmacht gegen Kapital und Reaktion zweifellos eine Schlüsselrolle zukommt. Er soll die IG Metall auf die Linie der von den Unternehmern geforderten tarifpolitischen Flexibilisierung zwingen, die die IG



Die von den Unternehmern erreichten Elemente der Flexibilisierung sind dagegen zwar erheblich, aber doch unzureichend aus unternehmerischer Sicht. Der tarifvertragliche Rahmen setzt dem kapitalistischen Streben, die Arbeitskraft wie eine Knetmasse in die technologisch und durch verschärften internationalen Konkurrenzdruck neu strukturierten Produktionsbedingungen zu pressen, relativ enge Grenzen — jedenfalls wenn man es aus dem Blickwinkel der Optimierung betrieblicher Produktionsabläufe mit dem Ziel geringstmöglicher Kosten und größtmöglicher Gewinns betrachtet.

Auch unter diesem grundsätzlichen „ordnungspolitischen“ Aspekt waren die Ergebnisse des 84er Kampfes eher entgegengesetzt. Die IG Metall und die IG Druck & Papier konnten gegenüber dem Druck von Kapital und Reaktion nicht nur ihre Streikfähigkeit unter Beweis stellen, sondern mit dem erreichten Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung auch eine neue tarifpolitische Perspektive ver-

Chemie und andere Gewerkschaften schon akzeptiert haben.

Nach einer Änderung des § 116 wäre das hohe Risiko eines Streiks, der auf einheitliche tarifliche Mindestbedingungen in der Metallindustrie abzielt, ein Argument für jene auch in der IG Metall durchaus starken Kräfte, die die von den Unternehmern diktierte neue Geschäftsgrundlage — Abkehr vom bestehenden Tarifvertragssystem, Wende zur betrieblichen Flexibilisierung — akzeptieren wollen.

Neben der unmittelbaren Vorbereitung auf die nächsten Tarifrunden verfolgen Kapital und Regierungskoalition mit dem Angriff auf das Streikrecht über den § 116 das strategische Ziel, die Gewerkschaften zur Aufgabe ihres — sozialpartnerschaftlich verfaßten — Selbstverständnisses als solidarische Interessenorganisation der Lohnabhängigen zu zwingen. Nachdem sie bei einigen Gewerkschaften in den vergangenen Jahren diesbezüglich bereits tiefe Einbrüche erzielt haben, sollen jetzt der IG Metall, aber auch der ÖTV und mittelbar der IG Druck & Papier Daumenschrauben angelegt wer-

den. Als Ergebnis einer erfolgreichen Verwirklichung dieser Strategie wären die Gewerkschaften als Klassenorganisation und gesellschaftliche Gegenmacht zerstört.

Es geht um Demokratie

Die beabsichtigte massive Einschränkung des Streikrechts, erst recht die nachhaltige Schwächung der Gewerkschaften, die dadurch herbeigeführt werden soll, würde sich keineswegs nur auf den gewerkschaftlichen Kampf im engeren Sinne so auswirken, daß effektive Gegenwehr gegen die Angriffe des Kapitals ungeheuer erschwert würde.

Der gesamte Widerstand gegen das Bestreben von Kapital und Reaktion, alle gesellschaftlichen Bereiche brutal den Anforderungen der Kapitalakkumulation zu unterwerfen, würde qualitativ geschwächt. Die kapitalistische Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Anspruch auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, Frieden, soziale Sicherheit, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, persönlicher Freiheit u.a. könnte sich um ein Vielfaches leichter durchsetzen.

In einer kapitalistischen Gesellschaft stellt die Kraft der organisierten Arbeiterbewegung die entscheidende Schranke gegenüber dem Streben des Kapitals dar, alles rücksichtslos seinem Profitinteresse zu unterwerfen. Eine bürgerliche Gesellschaft, in der das Streikrecht faktisch vernichtet ist, alle anderen demokratischen Grundrechte aber wahrgenommen werden können, gibt es deshalb so wenig wie eine bürgerliche Gesellschaft gibt, in der die fortschrittlichen Kräfte ein relatives Maß politischer Freiheiten wahrnehmen können, die Gewerkschaftsfreiheit aber aufgehoben ist. Die sogenannten bürgerlich-demokratischen Freiheiten werden längst nicht mehr vom Bürgertum, sondern von der Arbeiterbewegung gewährleistet. Der Angriff auf Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit ist in der Tendenz immer auch ein Angriff auf die Demokratie, auch in ihrer verstümmelten bürgerlichen Verfassung.

Bei aller politischen Beschränktheit und tatsächlichen Integration in das bürgerliche System haben sich seit der Wende in Bonn die Gewerkschaften auch bei uns als Zentrum der gesellschaftlichen Gegenbewegung erwiesen. Eben darum konzentriert sich jetzt auf sie der Angriff von Kapital und Reaktion.

Es geht jetzt darum in allen Gewerkschaften des DGB eine gemeinsame Front gegen diesen Angriff auf das Streikrecht herzustellen. Das ist gerade in den Gewerkschaften wichtig, deren Führung sich längst zur Anpassung an die Strategie von Kapital und Reaktion entschieden haben.

Notwendig ist aber auch, die Solidarität aller fortschrittlichen und demokratischen Bewegungen mit den Gewerkschaften — und zwar im wohlverstandenen eigenen Interesse. Der berechtigte Ärger über rückschrittliche und schädliche Positionen des DGB in bestimmten Fragen (z.B. Atomenergie), die richtige Empörung über den unendlichen Neue-Heimat-Skandal, angebrachte Skepsis darüber, ob die starken Sprüche einiger Gewerkschaftsführer nicht schließlich doch in der kampflosen Kapitulation enden, dürfen den Blick für die Notwendigkeit nicht verstellen, alles zu unternehmen, um diese qualitative Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten von Kapital und politischer Reaktion zu verhindern.

Neue „Ermächtigungsgesetze“

Zimmermann über allem?

Nicht nur in der grünen Partei, sondern auch in der SPD wird offensichtlich im Auftrag Zimmermanns bespitzelt, um Munition gegen politische Gegner zu sammeln. Zimmermann hat diesbezügliche Vorwürfe der Abgeordneten Schöfberger und Voigt zunächst als Verleumdung zurückgewiesen. Er wurde der Lüge überführt. Tatsächlich kann man davon ausgehen, daß es nicht nur die bekanntgewordenen Bespitzelungsfälle bei den Grünen und bei der SPD geht, sondern um viel mehr.

Zimmermann selbst hat nämlich in einer Erklärung vor dem Bundestags-Innenausschuß am 18.12.'85 die Spitzeltätigkeit in den Parteien der BRD sogar als „Verpflichtung“ des Verfassungsschutzes bezeichnet. Zimmermann wörtlich: „Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Beobachtung extremistischer und sicherheitsgefährdender Bestrebungen. Hieraus folgt für die Verfassungsschutzbehörden die Verpflichtung, nicht nur Erkenntnisse über extremistische und extremistisch beeinflusste Organisationen zu sammeln, sondern auch über deren Bemühen, Einfluß auf nichtextremistische Vereinigungen bis hin zu demokratischen Parteien zu gewinnen. Dies um so mehr, als insbesondere linksextremistische Organisationen in dieser Einflußnahme ein wesentliches Mittel zur Steigerung ihrer politischen Resonanz erblicken.“ (FR, 21.12.'85) Diesen letzten Satz hätte Zimmermann sich auch sparen können. Es wäre sowieso niemand auf die Idee gekommen, daß ein Mann, der die HIAG aus dem Verfassungsschutzbericht streicht, etwa in der CSU nach rechtsextremistischem und neonazistischen Bestrebungen forscht!

Solche Erklärungen von Zimmermann sind um so alarmierender, als ein Entwurf für ein neues Verfassungsschutzgesetz auf dem Tisch — oder besser: in der Schublade — liegt, das alles legalisiert, was der Verfassungsschutz bisher in der Praxis getrieben hat und seine Befugnisse und seine Unkontrollierbarkeit sogar noch ausweitet.

Unter dem irreführenden Titel „Datenschutz- und Begleitgesetze“ ist seit einiger Zeit ein Paket von sogenannten Sicherheitsgesetzen in Arbeit. Es handelt sich um das neue Personalausweis- und Paßgesetz sowie um das Bundesverfassungsschutzgesetz, ein Gesetz über den MAD, ein Gesetz über die Ausweitung der Amtshilfe zwischen Sicherheitsbehörden, eine Novelle zum Straßenverkehrsgesetz und das Bundesdatenschutzgesetz. In engem Zusammenhang mit diesem Gesetz steht auch der schon länger vorliegende Musterentwurf für einheitliche Polizeigesetze des Bundes und der Länder. Alle diese Gesetze statten die Geheimdienste und die Polizei mit sehr weitreichenden Befugnissen zur Überwachung der Bevölkerung aus. Nicht umsonst wird von „Ermächtigungsgesetzen für einen Überwachungsstaat“ gesprochen.

Die Regierung will dieses Gesetzespaket — ausgenommen den Musterentwurf für ein neues Polizeigesetz — möglichst noch vor der Sommerpause '86, auf jeden Fall aber rechtzeitig vor der Bundestagswahl verabschieden. Und das, obwohl die Öffentlichkeit bisher über den Inhalt der geplanten Gesetze kaum informiert ist. Denn die Entwürfe wurden bisher als „Verschlusssache — nur für den Dienstgebrauch“ behandelt. Und wenn es nach dem Willen der Regierung geht, soll es auch weiterhin um diese Gesetzesentwürfe möglichst keine öffentliche Diskussion geben. Anders als normalerweise üblich, sollen sie nicht von der Bundesregierung im Bundestag eingebracht und vorher dem Bundesrat zur Beratung vorgelegt werden, sondern sofort über die Fraktionen, zur 1. Lesung in den Bundestag gehen.

Von besonderer Bedeutung ist auf jeden Fall das geplante Bundesverfassungsschutzgesetz. Denn es legalisiert alle Praktiken des Verfassungsschutzes und stärkt darüber hinaus seine Macht ganz erheblich. Der Verfassungsschutz hat nach dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in Zukunft das Recht, mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu bespitzeln (heimliche akustische und optische Überwachung, Einsatz von V-Leuten usw.).

Um solche „personenbezogenen Daten“ zu sammeln, braucht der Verfassungsschutz keine konkreten Verdacht geltend zu machen. Es reicht, wenn auf diese Weise „nachrichtendienstliche Zugänge gewonnen werden können.“ Darüber hinaus soll der Verfassungsschutz sich noch hemmungs-

loser als bisher schon aus öffentlichen Dateien Informationen holen können.

Überhaupt soll die Anbindung der Behörden an den Verfassungsschutz enger werden. Denn alle staatlichen Stellen, von der Polizei bis zum Schulamt, sind einerseits verpflichtet, dem Verfassungsschutz **unaufgefordert** Informationen zukommen zu lassen und andererseits **berechtigt**, dem Verfassungsschutz alles mitzuteilen, was in seinen Aufgabenbereich fallen könnte. Die Grenze zwischen der gesetzlichen Pflicht und der gesetzlichen Berechtigung zur Denunziation ist im Gesetzentwurf nicht genau definiert. Aus durchsichtigen Gründen.

Aber der Gesetzentwurf sorgt nicht nur dafür, daß der Verfassungsschutz noch mehr und noch leichter „Erkenntnisse“ sammeln kann als bisher. Er sorgt auch dafür, daß der Verfassungsschutz mit diesen gesammelten Erkenntnissen — legal — mehr bewirken kann als bisher. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß „Erkenntnisse“ des Verfassungsschutzes über einzelne Personen an staatliche Stellen, aber auch an „andere als öffentliche Stellen“ weitergegeben werden können. Außerdem sieht der Entwurf vor, daß personenbezogene Daten auch an alliierte Dienststellen, ausländische Geheimdienste, andere ausländische öffentliche Stellen und an über- und zwischenstaatliche Stellen weitergegeben werden dürfen. Einzige Bedingung dafür ist, daß dies zur Erfüllung der Aufgaben des Verfassungsschutzes „oder der Aufgaben der Empfängerbehörde erforderlich ist und der Empfänger die Daten für Aufgaben benötigt, die mit dem Zweck des Verfassungsschutzes vereinbar sind.“ (§ 10 des Entwurfs).

Dazu heißt es in einem offenen Brief der Humanistischen Union vom letzten Jahr: „Faktisch bedeutet diese Bestimmung, daß das

Bundesamt für Verfassungsschutz immer dann, wenn es dies für erforderlich hält, sich an jede Behörde des Bundes wenden kann, um dieser Behörde personenbezogenen Daten als „Erkenntnisse“ über einen Bürger zu übermitteln... Diese vorgesehene Formulierung deckt die gegenwärtige Praxis der Verfassungsschutzbehörden, fragwürdige „Erkenntnisse“ Einstellbehörden, der Polizei, Gerichten etc. hinter dem Rücken der Betroffenen mitzuteilen.“ (zit. nach FR, 18.11.'85)

Diese in § 10 des Gesetzentwurfes formulierte, völlig unspezifische Bedingung für die Weitergabe von Daten durch den Verfassungsschutz verstößt eindeutig gegen die Forderung des Bundesverfassungsgerichts im Urteil über die Volkszählung nach spezifischen und präzisen Begründungen für die Sammlung, Speicherung und Weitergabe von personenbezogenen Daten. Das war Zimmermann & Co. auch durchaus bewußt. In der Begründung für den Gesetzentwurf ist nämlich vermerkt, daß man der „angeregten Rechtsentwicklung“ des BVG „in einer für die Staatspraxis zuträglichen Weise“ Rechnung getragen habe. Und da das vom BVG formulierte „informationelle Selbstbestimmungsrecht des Bürgers“ der „Staatspraxis“ à la Zimmermann & Co. eben nicht „zuträglich“ ist, hat man es eben im Bundesverfassungsschutzgesetz (wie übrigens auch in den anderen „Sicherheitsgesetzen“) außer Kraft gesetzt.

Die Verwirklichung dieses Gesetzes muß verhindert werden. Die Vorlage dieses Gesetzes und der anderen „Sicherheitsgesetze“ sollte aber auch Anlaß sein, die Existenzberechtigung der Geheimdienste grundsätzlich in Frage zu stellen. Denn es gibt nur eine einzige Möglichkeit, den skandalösen Praktiken des Verfassungsschutzes wirklich ein Ende zu setzen — die Auflösung des Verfassungsschutzes.

Überwachungsgesetze

Kurz informiert

Außer dem nebenstehend dargestellten Verfassungsschutzgesetz gibt es noch ein ganzes Bündel weiterer (Un-)Sicherheitsgesetze. Die folgende Kurzdarstellung dieser Gesetzesvorhaben entnahmen wir einem Memorandum der Humanistischen Union, auszugsweise veröffentlicht im Spiegel 2/86.

Der **Militärische Abschirmdienst (MAD)** erhält die bislang fehlende gesetzliche Regelung mit denselben Befugnissen wie der Verfassungsschutz. Es gibt keine eindeutige Trennung der Aufgabenbereiche zwischen beiden Geheimdiensten. Der MAD kann überall im „zivilen“ Bereich tätig werden, sofern er nur geltend macht, daß die Belange der Bundeswehr tangiert sind. Faktisch führen die vorgesehenen Regelungen dazu, daß die bisher illegale „Zersetzerkartei“ rechtlich nicht mehr beanstandet werden kann.

In einem weiteren Gesetzentwurf soll die **Amtshilfe zwischen Sicherheitsbehörden** geregelt werden. Durch dieses Gesetz wird der Datenverbund zwischen Geheimdiensten einerseits und Polizei (einschließlich Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz) und Strafverfolgungsbehörden andererseits zulässig.

Damit wird die aus bitteren Erfahrungen mit einer Geheimen Staatspolizei (Gestapo) entstandene und zu materiellem Verfassungsrecht erhobene Trennung zwischen Geheimdiensten und Polizei aufgehoben.

Durch eine unscheinbare Novelle zum **Straßenverkehrsgesetz** soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden für ein

„Zentrales Verkehrsinformationssystem“ („Zervis“). Damit würden das Kfz-Bundesamt in Flensburg sowie die kommunalen Kfz-Zulassungsstellen faktisch zu Außenstellen der Polizei, die jederzeit dem polizeilichen Datenzugriff (on line) offenstehen.

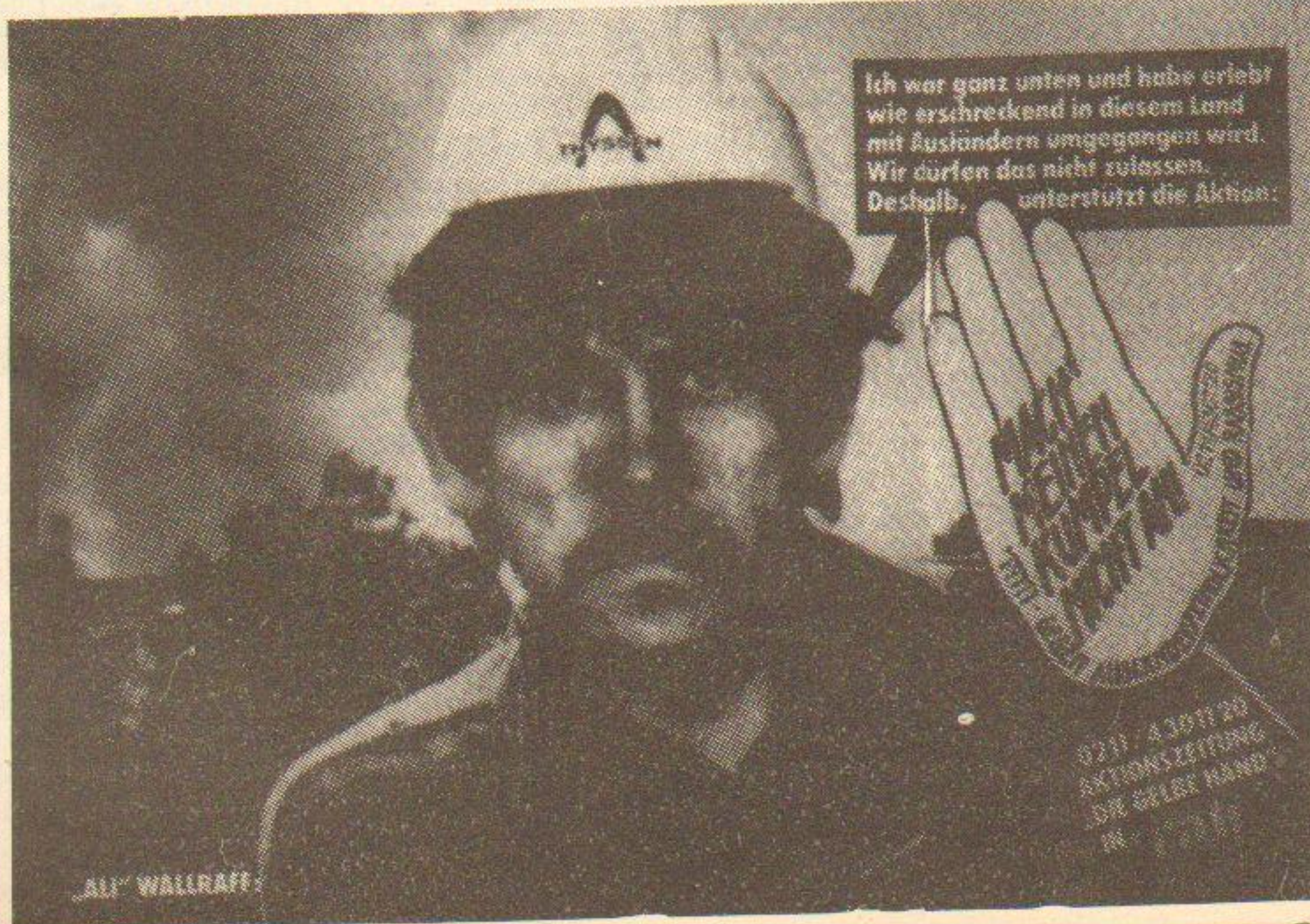
Das **Personalausweisgesetz** soll nun in Kraft gesetzt und durch eine Novelle zum **Paßgesetz** ergänzt werden. Die Maschinenlesbarkeit dieser Identifikationspapiere macht es möglich, eine Vielzahl von Bürgern binnen kurzer Zeit zu erfassen. Damit wird die Grundlage geschaffen zur Konstituierung dessen, was man Erfassungsstaat genannt hat.

Die Novelle zum **Bundesdatenschutzgesetz** beseitigt nicht die Lücken des bisherigen Gesetzes, sondern schafft für die öffentliche Verwaltung durch die generelle Zulassung von On-line-Verfahren und durch die Einengung des Dateibegriffes neue Freiräume.

Die Weitergabe an andere Behörden und an Private wird im größeren Umfang möglich. Die Kontrollbefugnisse der Datenschutzbeauftragten werden einerseits geringfügig erweitert, andererseits durch die Einengung des Dateibegriffs eingeschränkt. Eine Auskunftspflicht von Verfassungsschutz, MAD und BND gegenüber dem Bürger gibt es prinzipiell nicht.

In enger Verbindung mit diesem Gesetzespaket steht die Beratung eines **Musterentwurfs für einheitliche Polizeigesetze des Bundes und der Länder** in der Innenministerkonferenz. Durch diese Bestimmungen soll die Polizei Befugnisse erhalten, die bisher Geheimdiensten vorbehalten waren.

Im neuen Jahr mit neuem Schwung für die Kampagne



Mach' meinen Kumpel nicht an!

Das Gewerkschaftsjugendmagazin „ran“ meldet im ersten Heft im neuen Jahr, daß es mit der Kampagne „Mach' meinen Kumpel nicht an“ vorangeht. 10000 Unterschriften sind bisher gesammelt worden; neue Unterstützer wie Udo Lindenberg, Klaus Lage und Günter Wallraff sind dazugekommen; die Jusos und die Falken haben sich nun auch entschlossen, die Aktion zu unterstützen usw. Gute Voraussetzungen also, um in den Städten für das Anliegen der Kampagne tatsächlich etwas in

Bewegung zu setzen. Z. B. durch eine Aktion „in der Höhle des Löwen“ — vor dem Fußballstadion nämlich — wie sie die Dortmunder Bau, Steine, Erden-Jugend durchgeführt hat. Z. B. mit Hilfe der neuen Plakatwand-Aktion, für die bei der „ran“-Redaktion (kostenlos) das abgebildete Wallraff-Plakat bestellt werden kann.

Das Plakat und die anderen Materialien der Kampagne sind zu bekommen bei: „ran“-Redaktion, Postfach 2601, 4000 Düsseldorf.

Rassistischer Terror in Hamburg:

Ramazan Avci von „Skin-Heads“ ermordet

Zahlreiche türkische Vereinigungen und Organisationen rufen für Samstag, den 11.1.86 zu einer Trauerdemonstration anlässlich der Ermordung von Ramazan Avci durch Hamburger Skin-Heads auf. Diese Demon-

stration wird von Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis und anderen Organisationen unterstützt. Wir veröffentlichen im folgenden Texte aus einem Flugblatt für diese Demonstration.

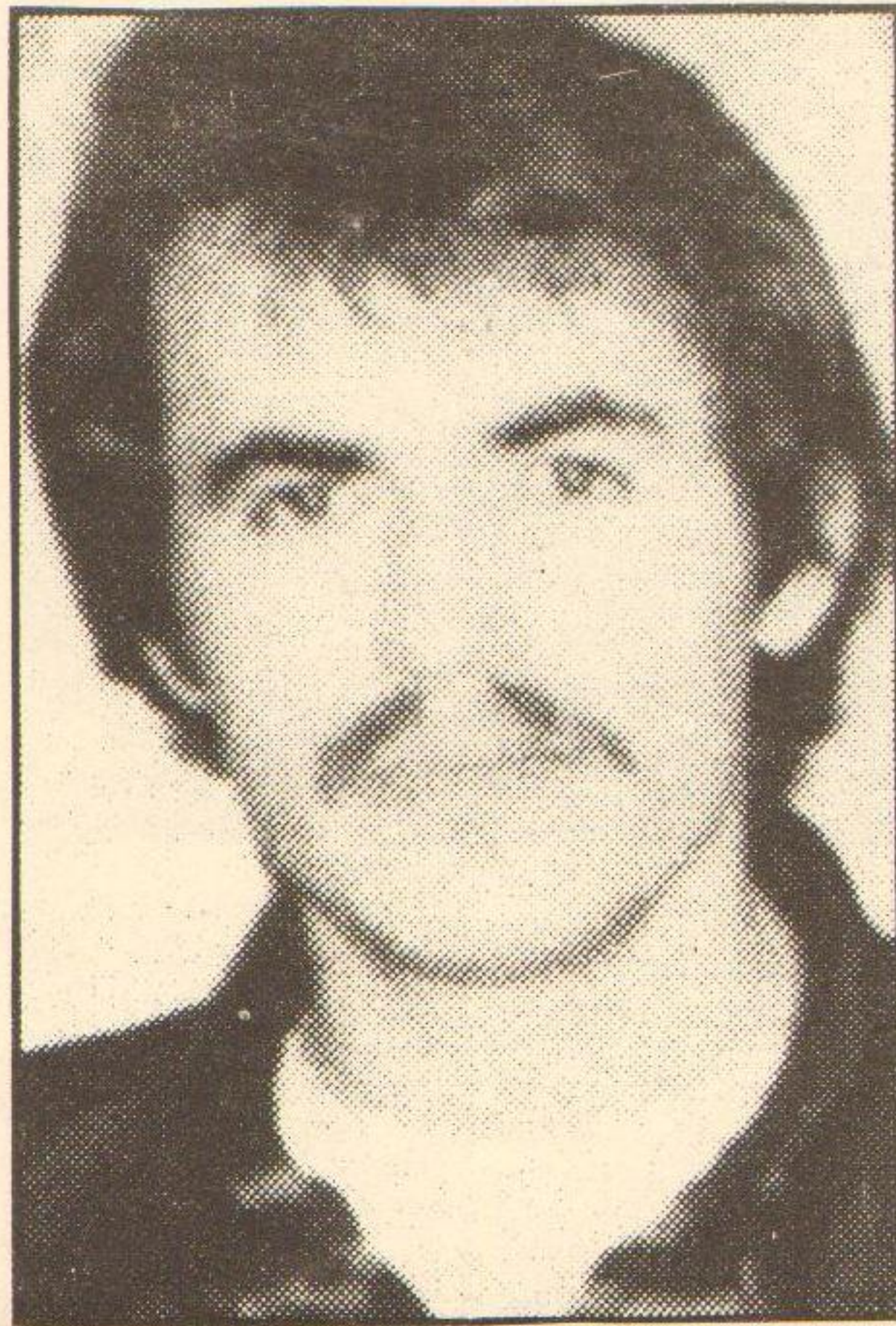
Am Abend des 21. Dezember 1985 wurde unser türkischer Mitbürger Ramazan Avci von einer rechtsradikalen Bande sogenannter „Skin-Heads“ ermordet. Die Übergriffe auf Hamburger Bürger ausländischer Nationalität haben damit einen schrecklichen Höhepunkt erreicht.

Ramazan Avci, sein Bruder und ein Freund hatten an der Bushaltestelle Landwehr gestanden, als sie von einer Gruppe „Skin-Heads“, die sich vor dem Lokal „Landwehr“ aufhielt, belästigt und als „Kanaken“ beschimpft wurden. Die drei beschlossen daher, die nächste Haltestelle aufzusuchen, um der rassistischen Anmache auszuweichen, wurden aber sogleich von den „Skins“ verfolgt. Als Ramazan Avci und seine beiden Begleiter wegrennen, setzt die Schlägerbande die Verfolgung in einem PKW fort. Bei dem Versuch die Wandsbeker Chaussee zu überqueren, um einen Bus zu erreichen, wird Ramazan Avci von den „Skin-Heads“ angefahren — sein Bruder und sein Freund können sich in dem wartenden Bus in Sicherheit bringen. Der am Boden liegende, schwerverletzte Ramazan Avci wird von den „Skins“ getreten und mit Knütteln und Baseballschlägern derartig zusammengeschlagen, daß er am 24. Dezember seinen Verletzungen erliegt. Die beiden anderen entgehen ihren Verfolgern nur dadurch, daß der Fahrer des Busses die Tür schließt und auch nicht wieder öffnet, als der Bus mit Baseballschlägern attackiert wird. Scheiben gehen zu

Bruch, Fahrgäste werfen sich zu Boden. Die „Skin-Heads“ geben während der Verfolgungsjagd sogar Schüsse aus scharfen Pistolen ab — Scheiben umstehender Autos gehen zu Bruch.

Noch am gleichen Abend konnten fünf der rassistischen Schläger festgenommen werden, zwei von ihnen wurden wieder auf freien Fuß gesetzt. Insgesamt waren zwischen 30 und 40 „Skin-Heads“ an dem Überfall beteiligt.

Innensenator Rolf Lange hat später der Presse gegenüber behauptet, daß die Schläger polizeibekannt seien und auch deshalb so schnell dingfest gemacht werden konnten. Dies trifft zweifellos zu. In der Tat ist die „Skin-Head“-Bande der Polizei seit langem bekannt; dies haben am 27.12.85 auf einer Pressekonferenz der GAL ausländische Jugendliche und ein türkischer Vater aus Bergedorf durch ihre Aussagen unterstrichen. Sie wiesen darauf hin, daß die gleichen „Skin-Head“-Schläger bereits seit Jahren ausländische Jugendliche in der Gegend terrorisieren. Auf Anzeigen, auch auf solche gegen namentlich bekannte „Skin-Heads“, habe die Polizei bislang aber nie reagiert. Im Gegenteil: Dem



türkischen Vater wurden in einem Fall sogar seine Kinder von der Polizei zuhause angeliefert, weil ja sonst etwas passieren könne.

Der Terror dieser rechtsradikalen „Skin-Head“-Bande ist nicht nur in Bergedorf und Wandsbek bekannt; die gleiche Gruppe hat in den vergangenen Wochen auch mehrfach Übergriffe auf ausländische Jugendliche und das Jugendzentrum in Ahrensburg unternommen.

Der Mordanschlag auf Ramazan Avci ist kein Einzelfall und auch die Umtriebe rassistischer „Skin-Heads“ markieren nur die Spitze eines Eisberges an Ausländerfeindlichkeit, dem Hamburger Bürger ausländischer Nationalität oder Herkunft jeden Tag ausgesetzt sind. Vom sogenannten Türkenwitz bis zu gewalttätigen Übergriffen, von behördli-

chen Schikanen bis zur Diskriminierung in Schule und am Arbeitsplatz, jede Ausländerin und jeder Ausländer ist mit dieser seit Jahren anwachsenden Ausländerfeindlichkeit konfrontiert.

Daß es nicht nur um eine kleine Gruppe rechtsradikaler „Skin-Heads“ geht, sondern um das ausländerfeindliche Klima in dieser Stadt insgesamt, haben zahlreiche türkische Vereine und Organisationen unterschiedlichster politischer und religiöser Herkunft verdeutlicht, die sich dieser Tage aus Anlaß des rassistischen Mordes an Ramazan Avci zusammengefunden haben und für den 11. Januar zu einer Trauer-Demonstration aufrufen.

Wir dokumentieren nachstehend die bei dieser Zusammenkunft gemeinsam verabschiedete Erklärung.

Trauer-Demonstration

am 11. Januar 1986 um 10 Uhr

Treffpunkt:

S-Bahnhof Landwehr

Trauern genügt nicht

Nachdem Ramazan Avci in Hamburg von „Skin-Heads“ totgeschlagen wurde, waren viele Menschen zunächst wie vor den Kopf geschlagen. Inzwischen hat die Diskussion über die Motive und Ursachen dieses Verbrechens eingesetzt.

Für die CDU ist Ramazan Avci das eher zufällige Opfer blindwütiger Gewalt. CDU-Chef Hartmut Perschau über die „Skin-Heads“: „Diese Gruppen tragen meistens keine politisch-ideologischen Zielbilder in sich.“ Ramazan Avcis Tod hat also mit Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit nichts zu tun, Konsequenzen brauchen keine gezogen zu werden. Und wenn der nächste Ausländer verprügelt oder — wie Ramazan Avci — totgeprügelt wird, hat man es eben mit einem weiteren tragischen Zufall zu tun, bei dem man wiederum seine Hände in Unschuld waschen kann.

Aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Nach Angaben der Hamburger GAL kam es allein in den letzten drei Jahren 15mal zu tätlichen Angriffen auf in Ham-

burg lebende Ausländer. Zweimal starben dabei ausländische Mitbürger. Ramazan Avci ist das dritte Todesopfer, das Rassismus und Ausländerfeindlichkeit allein in drei Jahren in Hamburg gefordert haben.

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete der SPD, Freimut Duve, hat den Rassismus der „Skin-Heads“ für den Tod Ramazan Avcis verantwortlich gemacht. Das ist auf jeden Fall positiv. Aber Worte reichen nicht aus. Die nötigen Taten sind schon lange überfällig: das Verbot der neonazistischen Organisationen, die die „Skin-Heads“ vor ihren Karren spannen einerseits; Maßnahmen, die zur politischen Gleichstellung der ausländischen Bürger führen, andererseits. Die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg sind eine gute Gelegenheit für den Senat, um zu zeigen, daß aus dem furchtbaren Tod von Ramazan Avci tatsächlich politische Lehren gezogen werden — indem nämlich das kommunale Wahlrecht für Ausländer bis dahin verwirklicht wird.

Erklärung türkischer Vereine und Organisationen vom 28. 12. 1985

Am 24. 12. 1985 starb Ramazan Avci aufgrund seiner Verletzungen, die er bei einem Überfall von Neo-Nazis erlitt. Damit forderte die Ausländerfeindlichkeit und der Rassismus, die wir jeden Tag erleben und fühlen, noch ein Opfer von uns.

Wir trauern um ihn.

Der Tod von Ramazan ist kein Zufall. Er ist das Ergebnis einer Entwicklung, die keiner von uns wollte, die wir aber erwartet haben. Er ist das Ergebnis der Gesetze und der Politik, die gegen die Ausländer durchgeführt werden. Er ist das Ergebnis des Verhaltens und der Politik, die der Staat, die Polizei und andere Institutionen selbst durchführen. Es ist nicht möglich, nur ein paar Mörder für den Mord an Ramazan verantwortlich zu machen. Die Verantwortlichen sind diejenigen, die die gesellschaftlichen Bedingungen

für diesen Mord geschaffen haben — diejenigen, die beim Essen einen Türkenwitz erzählen und darüber lachen können; die einen Ausländer als einen Menschen zweiter Klasse ansehen, die für die Arbeitslosigkeit die Ausländer verantwortlich machen, die Ausländer immer mit der Angst der Ausweisung leben lassen und die zu dem Ganzen schweigen, sind verantwortlich für diesen Mord. Auch die türkischen und deutschen Staatsmänner, die heute darum trauern, sind verantwortlich dafür. Sie können sich mit Trauererklärungen der Verantwortung nicht entziehen.

Es ist die Zeit gekommen, dieser Entwicklung ein Ende zu setzen. Und dieses Ende können nur wir setzen. Wenn wir nicht noch mehr Ramazans verlieren wollen und wenn wir ein Leben mit

gegenseitiger Akzeptanz verwirklichen möchten, dürfen wir nicht schweigen.

Unser Schweigen muß sich in Widerstand verwandeln!

Für eine Presseinformation haben die Unterzeichner dieser Erklärung außerdem folgende Forderungen und Appelle einstimmig verabschiedet:

„Wir fordern die Parteien in der Bürgerschaft und den Hamburger Senat auf:

- durch Bildung einer Untersuchungskommission, in der auch betroffene Ausländer mitwirken sollten, diesen Mordanschlag genauestens zu untersuchen,
- eine ausführliche Diskussion in der Bürgerschaft über diesen Fall und über dessen Konsequenzen zu führen.

Wir appellieren an:

- den Senat, alle Maßnahmen zu treffen, um ähnliche Angriffe seitens rassistischer

Gruppen endlich zu unterbinden,

- Medien, die Öffentlichkeit über diesen rassistischen Mordanschlag genau und kontinuierlich zu informieren,

- Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und alle öffentlichen Institutionen, eine breite Diskussion über die Daseinsberechtigung der Minderheiten zu führen und mit einer aktiven Aufklärungsarbeit gegen die rassistischen Kräfte und Tendenzen vorzugehen,
- die Gerichtsbarkeit, alle Täter dieses rassistischen Mordanschlags schonungslos zu bestrafen.

Im Falle des Ausbleibens eines wirkungsvollen Vorgehens gegen diese rassistische Entwicklung sahen wir uns gezwungen, diese Menschenrechtsverletzung beim Europäischen Gerichtshof vorzubringen.“



★★★★★★

Wichtige Neu-erscheinung



Eine lesenswerte, informative und in vielerlei Hinsicht hilfreiche Broschüre zum Kampf der Schwarzen in südlichen Afrika ist jetzt erschienen:

Südafrika Geschichte, Kultur, Widerstand ist der Titel des Heftes, das der Arbeitskreis Afrika-AKAFARIK, die AZANIA-Koordination für Projekte, Kultur und Bildung e.V. und das Informationszentrum 3. Welt (iz3w) herausgebracht haben. Auf 60 reich bebilderten Seiten (mit vielen Anzeigen für Bücher und Informationsmaterial) finden sich u. a. folgende Beiträge:

Zeit der Landnahme / Rassismus mit System / Repression und Widerstand / Freiheitscarta contra Black Consciousness? / Gedanken zu einem gesellschaftlichen Anachronismus / „Die Bewegung wird von den Ghettos auf die Fabriken übergehen“ / Der niedrigste Lohn ist noch zu hoch / Und wenn Du dazu noch Frau bis / Struktur und Krise der südafrikanischen Wirtschaft / Schwarze Arbeiter im Kampf gegen Kapital und Rassismus / Fremde im eigenen Land / Krieg der Worte / Literaturliste, Filme Gruppenadressen.

Die Herausgeber schreiben in ihrem Vorwort: „Mit dieser Broschüre richten wir uns an Dich, liebe Leserin, lieber Leser, nicht nur, damit Du Dich befriedigt in Deinen Sessel zurücklehnen kannst: „Aha, jetzt blick' ich also durch in Südafrika“, sondern vor allem, um Dich anzuregen, Dich an Deinem Wohnort mit Leuten zusammenzusetzen und sinnvolle Aktionen zu richten gegen die, die von der Ausbeutung profitieren und an die, die vielleicht immer noch unbewußt an diesem Profit teilhaben.“

Die Broschüre — 60 Seiten, DIN A 4) kann man zum Preis von 3,— DM bestellen bei:

AZAKO — AZANIA-KOORDINATION — für Projekte, Kultur und Bildung e.V.
An den Mühlen 25
4400 Münster
Tel.: (0251) 521302

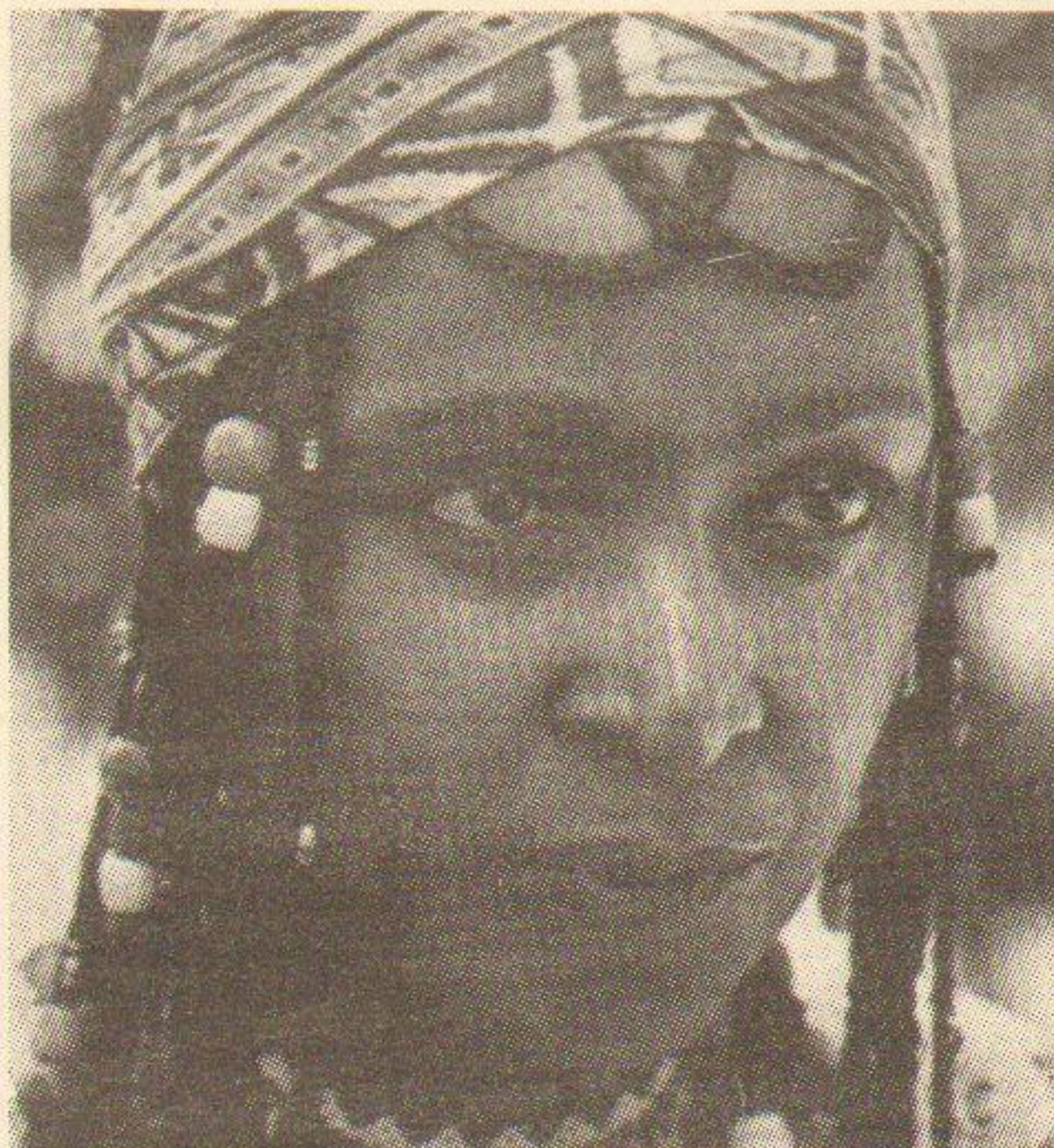
Sie steht für Millionen

Winnie Mandela

Zur Jahreswende gingen die Filmberichte um die Welt: südafrikanische Polizisten holten Winnie Mandela aus ihrem Haus in Soweto, verhafteten sie, hinderten sie später, in ihr Haus zurückzukehren. Was da publik wurde, sind für Winnie Mandela alltägliche Schikanen, sie wird verfolgt, verhaftet, angeklagt, tausendfach behindert, weil sie heute stellvertretend für Millionen Schwarze als Symbolfigur des Widerstands gegen das rassistische südafrikanische Apartheidsregime steht.

Es ist unmöglich, den Leidensweg der mutigen Frau zu beschreiben, ihre vielen Verhaftungen, Gefängnisaufenthalte, ihre verschiedenen Verbannungen, die Schikanen, die das Rassistenregime verhängt hat, von Versammlungs-, Schreib-, Rede- und Aufenthaltssperren.

Und dennoch: Winnie Mandela ist heutemehr als „nur“ die Frau von Nelson Mandela, des seit über zwanzig Jahren eingekerkerten Führers der schwarzen Befreiungsbewegung „African National Congress“ (ANC). Nie hat sie sich den Auflagen, den Verboten, den Angriffen des Rassistenregimes und seiner Polizei gebeugt, übertritt fast täglich die „Regeln der Apartheid“, ist im besten Sinne „Vorkämpferin“ des Widerstands gegen die Herrschaft der weißen Unterdrücker geworden.



Winnie Mandela

Ihr bei den schwarzen Bewohnern und international bei allen fortschrittlichen Menschen hohes Ansehen schützt sie immer wieder, direktes Opfer der Gewaltherrschaft zu werden. So versuchen die weißen Herren, Winnie Mandela durch einen mittlerweile jahrzehntelangen Nervenkrieg, durch dauernde Verhaftungen, Schikanen, Drohungen müde zu machen. Bislang ohne Erfolg. Solidarität mit Winnie Mandela, die sich in diesen Tagen verschärft in Angriffen des Apartheidsregimes ausgesetzt sieht, heißt aber auch Solidarität mit all den Menschen, für die sie steht: den 25 Millionen unterdrückten, ausgebeuteten,

rechtlosen Schwarzen, die einen verzweiferten, blutigen Kampf für ihre Rechte, für ihre Freiheit kämpfen. Die einen Kampf führen, der sich auch gegen die Unterstützer und Profiteure der Apartheid richtet, die es in weiten Teilen der Welt, von den USA bis in die Bundesrepublik gibt: die großen Multis und Konzerne, die Banken und Händler, die Profite schneideln und sich durch das Unterdrückerregime bereichern. Der Kampf für einen Boykott aller südafrikanischen Waren, die Forderung nach Sanktionen und Isolierung Südafrikas sind direkte Unterstützung für den Kampf der Schwarzen in Südafrika für Freiheit.

Studentenproteste in China



Ende des vergangenen Jahres kam es in der VR China wiederholt zu Protestdemonstrationen. Zum einen ging es gegen den zunehmenden Einfluß des japanischen Imperialismus auf die Wirtschaft, zum anderen gab es Proteste gegen die Atomwaffenversuche in China selbst.

Am 18. September kam es in Peking auf dem „Platz des Himmlichen Friedens“ zu einer ersten Demonstration gegen die „wirtschaftliche Invasion“ des japanischen Imperialismus. Während die Zehntausenden Studenten der Peking Universität in überfüllten Hörsälen lernen müssen, die Stipendien gerade zum Überleben reichen, sehen sie täglich mit an, die die neue Wirt-

schaftspolitik der Peking Führung bestimmten Leuten immer mehr Reichtum und Luxus verschafft. Und das nicht einmal mit „legalen“ Mitteln. Bestechlichkeit und Korruption sind an der Tagesordnung, lassen sich nicht mehr verheimlichen. Diese Entwicklung geht bis in die KP Chinas hinein. In Peking allein stieg im ersten Halbjahr 1985 der Anteil von KP-Mitgliedern an den Wirtschaftsverbrechen von 25 auf 44 Prozent. Die massive Werbung — vor allem der japanischen Konzerne — wird von vielen als Provokation empfunden.

Mittlerweile ist der Studentenprotest über Peking hinaus unüberhörbar

geworden. In Wuhan, in der Provinz Szetschuan und in Sian gingen Tausende Studenten gegen die „zweite Invasion“ des japanischen Imperialismus auf die Straße.

Gegen die andauernden Nuklearwaffenversuche in der Provinz Sinkian gab es Ende 85 auch erste Demonstrationen. Studenten aus der Provinz im Nordwesten Chinas, der Heimat der nationalen islamischen Minderheit der Uiguren, demonstrierten für den Stopp der Versuche in Peking.

Unsere Bilder zeigen die Demonstrationen vom September in Peking und Plakattafeln mit Werbung japanischer Konzerne in Peking.

Änderungen in Afghanistan?

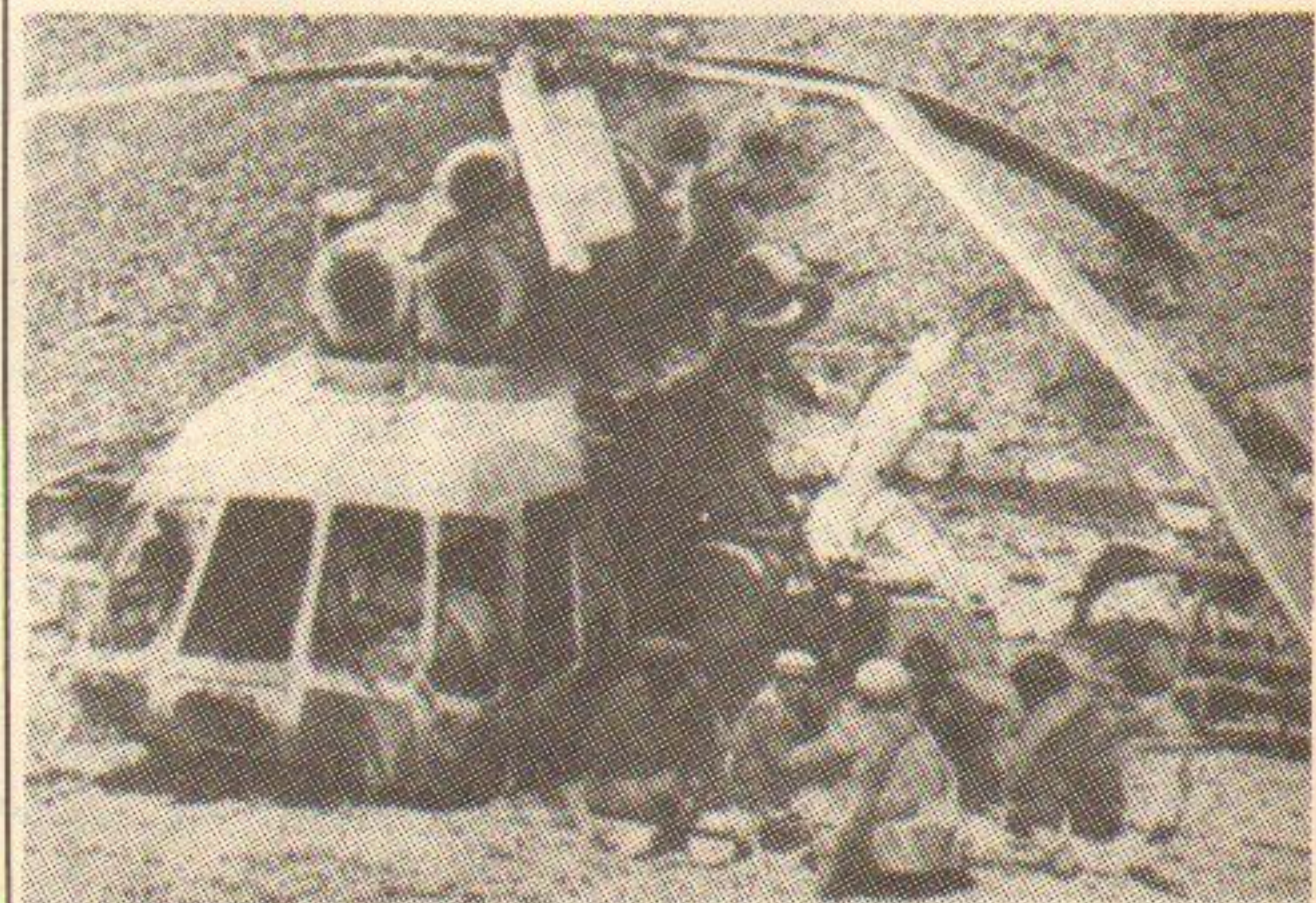
Gegen Jahresende jährt sich zum sechsten Mal der Tag, an dem die militärische Besetzung Afghanistans durch Truppen der UdSSR begann. Sechs Jahre, in denen weder die Einheiten der Roten Armee, noch das Marionettenregime des Babrak Karmal das Land völlig in den Griff bekamen, in denen im Gegenteil das Land in einen Bürgerkrieg gestürzt ist, der bis heute hohe Blutopfer kostet und einen riesigen Flüchtlingsstrom geschaffen hat.

Ohne mit einem Wort das sowjetische militärische Eingreifen in Afghanistan zu erwähnen, hat die sowjetische Presse erstmals von Schwierigkeiten des Karmal-Regimes berichtet. Vor zwei Wochen hieß es in der „Prawda“, daß wohl nicht alle Afghanen hinter dem standen, was in der Sowjetunion und bei Karmal „Revolution“ genannt wird. In der „Prawda“ hieß es: „Es ist kein Geheimnis, daß die April-Revolution von 1978 und die von ihr proklamierten Dekrete und Reformen, die inhaltlich fortschrittlich sind, in verschiedenen Kreisen der afghanischen Gesellschaft unterschiedlich aufgenommen wurden.“ Sie hätten nicht nur Unterstützung gefunden, sondern seien auch auf Unverständnis, Reserviertheit und sogar Ablehnung gestoßen. Diese Reaktionen seien „nicht verwunderlich für ein derart zurückgebliebenes Land, ... in dem die Mehrheit der Bevölkerung Analphabeten sind, jahrhundertelange Traditionen herrschen und viele noch nicht reif für eine Änderung der altentwurzelten Lebensart sind.“ Mal abgesehen von der Tonart des Artikels, die fast ein ganzes Volk für dumm, rückständig und unreif für Änderungen erklärt, wäre doch die Frage zu stellen, ob die „inhaltlich fortschrittlichen Dekrete und Reformen“ der sogenannten „April-Revolution“ im Dezember 1979 durch den Einmarsch sowjetischer Einheiten vom Regime gestützt auf eine fremde Militärmacht erfolgreicher „durchzusetzen“ waren. Offensichtlich nicht, denn der Widerstand gegen Besetzung und das Karmal-Regime haben nicht nachgelassen. Nach letzten Informationen hat das Karmal-Regime jetzt damit begonnen, eine Reihe von parteilosen Politikern in die Regierung zu integrieren. Von der „Prawda“ wird dies als ein „großes Ereignis“ bewertet, das zur Erweiterung der

„sozialpolitischen Basis der afghanischen Revolution“ beitrage.

Die afghanische Führung, so die „Prawda“ weiter, habe alle Afghanen zur Zusammenarbeit aufgerufen, um das „Blutvergießen zu beenden und die Lage auf dem gesamten Territorium zu normalisieren“. Sechs Jahre nach dem Einmarsch der sowjetischen Armee-Einheiten steht aber fest, daß das Blutvergießen erst ein Ende hat, wenn diese Soldaten Afghanistan verlassen haben, daß die Lage sich erst „normalisieren“ wird, wenn das von einer ausländischen Macht völlig abhängige Karmal-Regime gestürzt ist. Mit dieser Regierung und den fremden Truppen in Afghanistan sind die Ziele, Beendigung des Blutvergießens und Normalisierung nicht zu erreichen. Damit bleibt die Forderung nach Abzug der sowjetischen Truppen und Selbstbestimmung für Afghanistan bestehen, wenn sich im Widerstand gegen das Regime und die ausländischen Truppen auch noch soviel dubiose Kräfte tummeln sollten.

Die Forderung nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und nach Freiheit für Afghanistan bleibt auch bestehen und bleibt eine wichtige Losung, wenn sich — gerade in letzter Zeit — noch so viele reaktionäre Politiker und Kräfte lauthals als Freunde des „freien Afghanistan“ aufspielen und die Zustände dort anprangern. Wir wissen, diese Leute sind dieselben, die zu Südafrika, Chile schweigen und die US-amerikanischen Aggressionen gegen Nicaragua unterstützen. Das laute, heuchlerische Auftreten der rechten „Kommunistenfresser“ kann kein Grund sein, auf die berechtigte Forderung nach Selbstbestimmungsrecht aller Völker zu verzichten, militärische Aggression stillschweigend in Kauf zu nehmen.



Ein zerstörter sowjetischer Hubschrauber

Kriegsgefahr im Mittelmeer

Fortsetzung von Seite 1

Im Zusammenhang mit den Anschlägen von Wien und Rom wird immer wieder über eine Verwicklung oder Täterschaft der Palästinensergruppe des Abu Nidal spekuliert. Abu Nidal führt eine radikale Palästinenserorganisation, die nicht nur bewaffnet gegen die Zionisten kämpft, sondern schon des öfteren auch gegen gemäßigte Kräfte innerhalb der PLO, der einzig legitimen und gewählten Vertretung des palästinensischen Volkes vorgegangen ist. Aus der PLO selbst ist Abu Nidal's Gruppe ausgestoßen, er selbst zum Tode verurteilt worden. Der libysche Staatschef Gaddafi soll sein Beschützer sein, diese Konstruktion ist der aktuelle Vorwand für die Kriegsvorbereitungen gegen Libyen.



Gegen die Gefahr eines Überfalls der US-Imperialisten: Demonstrationen in Libyen

Die Gruppe des Abu Nidal hat sich zu den Ereignissen vom 27. Dezember schon zu Wort gemeldet — aber nicht aus Libyen, sondern von ihrem Büro in Damaskus aus. Die Hetze der Zionisten und US-Imperialisten richtet sich aber nicht gegen Syrien oder dessen Staatschef Assad, obwohl Abu Nidals Gruppe hier ein legales Büro unterhält. In der Stellungnahme vom vergangenen Samstag hat ein Sprecher Abu Nidals erklärt, er könne nicht bestätigen, daß Vertreter der Gruppe die Anschläge ausgeführt hätten.

Alle Hetze und alle Drohungen richten sich gegen Libyen, wüste Beschimpfungen und Verleumdungen füllen die Spalten der Presse. Libyens Staatschef Muammar el-Gaddafi lehnte in einem Interview mit internationalen Korrespondenten am ver-

gangenen Sonntag jegliche Verantwortung seines Landes für die Anschläge ab. Er machte aber auch klar, daß sich Libyen gegen amerikanische oder israelische Angriffe auf Libyen oder in Libyen lebende Palästinenser zur Wehr setzen werde. Zugleich versicherte er, den 1500 in Libyen lebenden US-Bürgern würde im Falle eines Angriffs nichts passieren, er sprach von ihnen als „unsere Gäste“, machte aber deutlich, daß in Israel oder in den USA Antworten auf eine eventuelle Aggression zu erwarten seien.

Trotzdem, unabhängig davon, daß noch niemand was Genaueres über die Hintermänner der Flughafenanschläge weiß, es ausführliche Dementis aus Libyen gibt, ist Gaddafi der große Buhmann. Nachdem US-Präsident Reagan die Israelis ausführlich zu Vergeltungsschlägen ermuntert hat, große Teile seiner in Europa stationierten Armee in Richtung Libyen in Bewegung gesetzt hat, ist die Frage nicht etwa: Will Reagan einen Krieg vom Zaune brechen? Sondern „Gaddafi: der gefährlichste Mann der Welt? (Spiegel 2/86, S. 84 in der Titelseite: „Krieg ohne Ende“ Terroristenschutzherr Gaddafi).

Bild am Sonntag war schon fast in Siegesstimmung. Unter der Überschrift „In einem Tag war alles vorbei...“ (BamS, 5.1.'86)

zählt sie genüßlich auf, was Ronald Reagan alles für einen „Blitz-Schlag“ gegen Libyen in Bewegung gesetzt hat: „Die Sechste US-Flotte mit dem Flugzeugträger ‚Coral Sea‘ einem Schlachtschiff, 47 Zerstörern, Fregatten und Korvetten ist vor Libyen im Golf von Syrte in Stellung gegangen. Zur ‚Sechsten‘ gehören 250 Kampfflugzeuge, darunter F-18 Bomber, 30000 Seeleute und Marineinfanterie.

Aus der Türkei und Ägypten wurden ‚Lederhaken‘ in Transportmaschinen nach Sizilien verlegt — angeblich schon 5000 Mann. Schon in der Nacht flogen acht der supergeheimen Flugzeuge vom Typ EA-6B aus dem Bundesstaat Washington zum US-Luftwaffenstützpunkt Sigonella auf Sizilien. Aus England wurden US-Jagdbomber vom Typ F-111 in Marsch gesetzt“ (...). „Ein hoher NATO-Offizier zu BamS: ‚Eine Strafexpedition kann aus dem Stand heraus begonnen werden. Die ganze Sache wäre in einem Tag erledigt.“

Italienische Zeitungen meldeten im übrigen, alle NATO-Stützpunkte in Südeuropa seien in Alarmbereitschaft versetzt worden. Wer heute noch glaubt, der US- und NATO-Stützpunkt Sizilien (demnächst auch mit Cruise Missiles bestückt) sei ein Bollwerk gegen den Warschauer Pakt und die „bösen Russen“, möge doch mal einen Blick in einen Atlas tun, und die Entfernung zu Libyen schätzen, einem Land, daß sich seit langem dem Einfluß des Westens entzieht.

Bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe ist „nichts passiert“. Die Stimmung in den

USA aber wird weiter angeheizt, Israel schließt immer noch nicht aus, militärisch gegen Libyen vorzugehen und fordert weiterhin alle Staaten auf, einen Wirtschaftsboykott gegen Libyen zu verhängen, weil Geschäfte mit Libyen „die Aktionsfreiheit Gaddafis auf terroristischem Feld“ unterstützen würden. So der israelische Außenminister Schamir. Damit allerdings stoßen die Zionisten bei den westeuropäischen Staaten auf taube Ohren. Zu gut sind deren Geschäfte mit dem erdölreichen Land. Bonn hat schon verlauten lassen, man sei aus

„grundsätzlichen Erwägungen“ gegen einen Wirtschaftsboykott. Die grundsätzlichen Erwägungen kann man beim Namen nennen. Die Energiekonzerne VEBA, Deminex, Wintershall und viele große Baukonzerne machen glänzende Geschäfte mit und in Libyen. Zehn Milliarden Mark Hermes- (Bundes-)Bürgschaften, 1,3 Milliarden Export im vergangenen Jahr und 14,6 Prozent des Energiebedarfs der Bundesrepublik (im Wert von fünf Milliarden DM) wären gefährdet, wenn ein Boykott oder gar ein US-Überfall Libyen trifft...

● Golanhöhen: Syrische Panzer ● 2000 Russen fliegen nach Libyen



Aufmarsch im Mittelmeer
„In einem Tag war“ alles vorbei...“

Dreht ihm den Ölhahn ab!

„Stimmung“ in der Springer-Presse

Sie war es nicht — und hätte es doch sein sollen: Die PLO als Drahtzieherin der Anschläge in Rom und Wien; so jedenfalls wollten es die propagandistischen Regisseure in Tel Aviv und Washington der Welt verkaufen. Doch weder die österreichischen noch die italienischen Politiker wollten sich ein X für ein U vormachen lassen. Österreichische wie italienische Behörden machten die Truppe Abu Nidals als Urheber der Anschläge von Rom und Wien aus. Die libysche Nachrichtenagentur JANA erklärte die Attentäter zu Helden. Diese Aussage wurde allenthalben als Eingeständnis interpretiert, daß Libyen direkt involviert sei oder doch Abu Nidal als Stützpunkt diene.

In der Tat gibt es wenig Grund zu glauben, Arafat schicke Terrorkommandos gerade in jene westeuropäischen Staaten, die der Sache der PLO und des palästinensischen Volkes nicht nur in hohlen Sprechblasen, sondern in Wort und Tat Anerkennung und Beistand gezollt haben. Der Bonner PLO-Vertreter, Abdallah Frangi, erklärte in einem Interview, schon Wochen zuvor vor derartigen Anschlägen Abu Nidals gewarnt zu haben. Arafat selbst machte in einem Fernsehinterview ungenannte „arabische Geheimdienste“ für die Anwerbung junger verzweifelter Palästinenser zur Durchführung solcher Terroratanten verantwortlich. Nach Berichten aus Beirut sollen sich Einwohner der palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Shatila wiederholt über die rüden Anwerbemethoden der Abu-Nidal-Truppe in ihren Lagern beschwert haben.

Die Anschläge der vergange-

Stellungnahme der PLO

Die nachstehend abgedruckte Stellungnahme veröffentlichte die Informationsstelle Palästina am 3. Januar 1986 im „Palästina Bulletin“. Gerade wegen der weitverbreiteten Hetze gegen die PLO, ihre Botschaften und Informationsstellen halten wir es für wichtig, ihr Raum zur Veröffentlichung ihrer Stellungnahmen zu geben.

Eine Anmerkung zur im ersten Absatz der Stellung-

Der Nahe Osten vor einer neuen Eskalation? Nach den Anschlägen von Rom und Wien

nen Monate haben die PLO unverschuldet in die Defensive und die Isolierung gedrängt. Der nicht unumstrittene, aber auf ernsthafte Verhandlungen zielende palästinensisch-jordanische Aktionsrahmen ist neutralisiert. Große Zukunftschancen werden ihm nach der syrisch-jordanischen Aussöhnung nicht mehr eingeräumt. Die US-israelische Strategie, Arafat und die PLO für noch so widersinnige Operationen und Anschläge der direkten oder indirekten Verantwortung zu zeihen, hat zumindest in den westlichen Medien Wirkung gezeigt. Der israelisch-amerikanische Versuch dagegen, Arafat und die gesamte PLO-Führung mit einem Luftraid in Tunis zu ermorden, fällt in hiesigen Breiten einer schier unfassbar schnellen Vergeßlichkeit anheim. Und die 160 Toten von Tunis haben weder Namen noch Gesicht; ihre weinenden Mütter, ihre trauernden Väter und ihre verzweifelter Geschwister haben im Westen nur geringen Nachrichtenwert.

Arafat hat der für die PLO gefährlichen politischen Entwicklung der letzten Monate mit der Kairoer Erklärung entgegenwirken wollen. Er hat darin erneut bekräftigt, was seit 1974 beschlossene palästinensische Poli-

tik ist: den legitimen militärischen Widerstand auf Israel und die besetzten Gebiete zu beschränken.

Diese Politik war bisher von seinen arabischen Gegnern und Widersachern konterkariert worden. Wenn nun amerikanische und israelische Regierungsstellen Libyen der Urheberschaft der Attentate von Rom und Wien beschuldigen und mit Vergeltungsschlägen drohen, gewinnt die Kairoer Erklärung auf makabere, aber für europäische und amerikanische Politiker erst verständliche Art und Weise eine neue Bedeutung.

Es gibt am Rande dieses verbalen Schlagabtausches ein weniger makabres, als eher satirisch-tragisches Moment. Und dies trifft einen für den Nahen Osten nicht gerade kompetenten süddeutschen Politiker. Der glaubte nämlich, seine Stimme als US-israelischer Bauchredner besonders laut vernehmen lassen zu müssen. Seine Aufforderung nach Schließung aller PLO-Büros in Westeuropa zeugt indes nur einmal mehr von jener beharrlichen Ignoranz gegenüber den Realitäten im Nahostkonflikt; einer Ignoranz im übrigen, die ihren Teil dazu beiträgt, daß junge verzweifelte Menschen in die Arme von Geheimdiensten

nahme aufgestellten Vermutung, die Nachricht der libyschen Nachrichtenagentur JANA zeige, daß Libyen in die Anschläge „involviert“, also verwickelt sei. Dazu gibt es mittlerweile von libyschen Regierungsstellen und von Muammar el-Gaddafi selbst entschiedene Dementis.

Im folgenden der Text der Informationsstelle Palästina aus Bonn:

und Terrortruppen getrieben werden, die dann Anschläge wie in Rom und Wien verüben.

Die israelische Regierung hat nun Libyen mit Vergeltung gedroht. Man darf diese Drohung nach bisherigen Erfahrungen durchaus für bare Münze nehmen, zumal die US-Administration in wenig verklausulierter Form die israelische Regierung zu Rachefeldzügen ermuntert hat. Eine US-israelisch-libysche Konfrontation mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Region dürfte aber weder Israelis noch Amerikaner gelegen kommen. Der israelisch-syrische Streit um die Stationierung der SAM 6 und SAM 8 Raketen ist keineswegs ausgestanden. Und die Beschneidung der israelischen Operationsfähigkeit im libanesischen Luftraum durch Syrien dürfte den israelischen Militärs mehr Kopfzerbrechen bereiten als die Toten von Wien und Rom. Ob die Eskalation der Spannungen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten der PLO die notwendige Atempause und Entlastung verschaffen kann, bleibt abzuwarten. Noch vor Syrien und Libyen zählt die PLO zweifelsohne zum strategischen Gegner der US-israelischen Politik im Nahen Osten.

Mit der Billigung des israeli-

schen Angriffs auf Tunis hat die US-Administration ihr offizielles Plakat zur Ermordung Arafats und damit zur Liquidierung der Unabhängigkeit der PLO gegeben. Sie hat mit der militärischen Entführung der ägyptischen Verkehrsmaschine und mit propagandistischem Sperrfeuer das Amman-Abkommen politisch wertlos gemacht und die PLO in die Ecke des Terrorismus gedrängt, aus der sich diese — so die amerikanische, jordanische und ägyptische Forderung — nur mittels Anerkennung der UN-Resolution 242 und 338 „befreien“ könnte. Die Kapitulation oder zumindest die Aufgabe des eigenen nationalen Standpunktes zugunsten einer jordanisch-ägyptischen oder gar syrischen Kuratel — so lautet die US-Forderung. Der PLO die Legitimität der Vertretung des palästinensischen Volkes zuzunehmen, sei es durch den Druck jordanisch-ägyptischer Prämissen oder durch die mehr oder weniger offene Aufwertung Syriens und damit der unter Syriens Macht stehenden palästinensischen Rebellen, ist das Ziel der USA und Israels.

Eine so „gebändigte“ PLO müßte sich in Nahostverhandlungen den Diktaten ihrer „Schutzmächte“ fügen. Das

Tauziehen der zerstrittenen arabischen Staaten im vergangenen Jahr galt denn auch der Vereinnahmung der palästinensischen Karte. Israel würde in jedem Fall profitieren, wenn jenes Volk, um dessen Land verhandelt wird, gar nicht erst am Verhandlungstisch sitzt. Weder Syrien noch Jordanien sind wirklich an einem palästinensischen Staat interessiert, der ihren autokratischen Herrschaftsformen als „demokratisches Modell“ entgegensteht.

Die Zeichen im Nahen Osten deuten nicht auf Verhandlungen und Frieden. Die PLO hat sich sowohl arabischem wie israelisch-amerikanischen Druck bisher erfolgreich entziehen können; doch nicht ohne Preis. Ihr bisheriger Verhandlungskurs ist ohne Erfolg und Ergebnis geblieben. Aber dieser Kurs, vom Fez-Plan bis zur jordanisch-israelischen Konföderation, ist nicht am „internationalen Terrorismus“ gescheitert, sondern am mangelndem Verhandlungswillen der USA und Israels. Die Weigerung Israels, die besetzten arabischen Gebiete zu räumen, wird auch weiterhin die beste und beständige Quelle neuer und fortgesetzter Terroraktionen und Kriege sein.

Das internationale Jahr des Friedens 1986 wird im Nahen Osten mit israelischen „Rache- und Vergeltungsschlägen“ beginnen — auf palästinensische, auf libysche, auf syrische, auf libanesischen Ziele... Das palästinensische Volk wird auch 1986 auf Rückkehr, Selbstbestimmung, auf Befreiung von der israelischen Besatzung und auf Frieden warten müssen. Der PLO, das ist absehbar, steht ein wenig friedliches Jahr ins Haus. gb

Entschädigung von Flick?

Der Lohn des Grauens

Jüdische Organisationen und ehemalige Anhänger sind nach dem großen Flick-Deal mit der Deutschen Bank an die Öffentlichkeit getreten mit der Forderung nach Entschädigung — mehr als berechtigt. Zumal der Flick-Konzern zu jenen gehört, die sich stets geweigert haben, für ihre Verbrechen auch nur formal einzustehen. „Der Lohn des Grauens“ — unter diesem Titel erschien im Campus-Verlag (Frankfurt am Main) ein Buch von Benjamin B. Ferencz, der sowohl an verschiedenen Kriegsverbrecherprozessen (als US-Ankläger) als auch an Verhandlungen um Entschädigungen vor 30 und 40 Jahren beteiligt war. Das Bild, das er zeichnet, ist ein anderes als es die zynischen Chefs der Deutschen Bank heute darstellen oder so getreue politische Diener ihrer Herren wie die CSU-Abgeordneten, die sich jetzt gegen die von Kempner vorgebrachte Forderung wandten. Im folgenden einige Auszüge dieses ausgesprochen lesenswerten Buches, die sich mit der Haltung des Flick-Konzerns befassen.

Der Claims Conference widerstrebt immer noch, Flick öffentlich zu kritisieren, weil sie sich davon keine positiven Wirkungen versprach. Sie wollte erst noch andere Verhandlungswege ausprobieren.

Zu Beginn des Jahres 1968 schrieb Nahum Goldmann an den einflussreichen Bankier Hermann Abs und bat ihn, sich bei Flick für ihn einzusetzen. Abs antwortete Goldmann, daß laut Nachricht von Konrad Kaletsch über die Forderungen von Zwangsarbeitern seit 1962 mit von Schlabrendorff als Anwalt der Dynamit Nobel verhandelt worden sei und daß die Gesellschaft davon überzeugt sei, weder eine rechtliche noch eine moralische Verpflichtung für irgendwelche Zahlungen zu haben. Abs empfahl der Claims Conference, sich an Eberhard von Brauchitsch zu wenden, der Generalbevollmächtigter von Flick war.

Warburg warnte davor, mit von Brauchitsch Kontakt aufzunehmen, denn er kannte von Brauchitsch als rigorosen Gegner jeglicher Vereinbarung. Ich drängte darauf, direkt auf Friedrich Flick zuzugehen, weil ich befürchtete, daß mit Flicks Tod jede Hoffnung auf eine Zahlung schwinden werde. Doch weder Katzenstein noch Goldmann fühlten sich in der Lage, einem verurteilten Kriegsverbrecher persönlich gegenüberzutreten.

Einige Monate lang passierte gar nichts, bis die Claims Conference auf Initiative Jacob Blausteins beschloß, eine Intervention des ehemaligen Hochkommissars der Vereinigten Staaten, McCloy, zu erreichen, der eine so wichtige Rolle gespielt hatte, als es darum ging, Alfred Krupp zu überzeugen, mit den jüdischen Organisationen ins Einvernehmen zu kommen.

John McCloy, ein sehr vorsichtiger und fähiger Jurist, hielt es für ratsam, erst einmal Rat einzuholen, bevor er sich direkt an Friedrich Flick wandte. Er schrieb an von Schlabrendorff mit der Bitte um Unterstützung. Von Schlabrendorff erwiderte, daß er nicht länger für Flick arbeiten könne, seitdem er beim Bundesverfassungsgericht tätig sei. Aber er teilte dem früheren Hochkommissar mit, daß er seinen Brief an Heinrich Kronstein weitergeleitet habe. Innerhalb einer Woche schickte Kronstein McCloy eine kurze Aufstellung aller rechtlichen Argumente, die Dynamit Nobel zur Abwehr jeglichen Vertrages vorgebracht, einschließlich der Feststellung, daß es keine Beweise dafür gebe, daß ein Mitglied der Geschäftsleitung je „an irgendwelchen Gewaltmaßnahmen beteiligt gewe-

sen sei“. Kronstein riet McCloy, weitere Hilfe von Hermann Abs zu erbitten. Daraufhin schrieb McCloy am 9. April 1969 an Abs:

„Ich finde die Rechtsposition der Firma untragbar legalistisch und, was den moralischen Aspekt angeht, völlig irrelevant. Es handelt sich hier nicht um Forderungen im kaufmännischen Sinn. Erwiesen ist, daß die Firma jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt hat, und deshalb ist jetzt gewiß kein Beweis von Gewaltanwendung nötig, um geschehenes Unrecht dingfest zu machen... Ich brauche nicht zu wiederholen, daß ich absolut kein anderes Interesse an den Forderungen habe als ein rein humanitäres, das, so glaube ich, auch im Sinne Deutschlands ist.“

Nachdem Kronstein nach Deutschland zurückgekehrt war, nahm er Kontakt zu Flicks Intimus Konrad Kaletsch auf und erzählte ihm, daß die Vereinigten Staaten für ein Abkommen plädierten. Kaletsch war offenbar so betroffen von dieser Intervention, daß er versprach, das Problem mit McCloy zu erörtern.

Flicks jüngster Sohn, Friedrich Karl, befand sich auf einer Geschäftsreise in den USA. McCloy nutzte diese Gelegenheit und traf sich mit ihm in der Niederlassung des Konzerns in New York. Während sie das Dynamit Nobel-Problem besprachen, nahm McCloy kaum wahr, wie sich Flicks Freund an dem Gespräch beteiligte. Der Freund war Eberhard von Brauchitsch, Neffe des Generalfeldmarschalls und Oberbefehlshabers des Heeres unter Hitler, Walther von Brauchitsch. Der junge von Brauchitsch sollte bald einen größeren Eindruck bei McCloy hinterlassen. Bei diesem Gespräch vertrat McCloy den Standpunkt, daß die jüdischen Forderungen berechtigt seien und demzufolge eine Übereinkunft vonnöten sei. Der junge Flick meinte, man solle die Sache nochmals behandeln, und riet McCloy, sich in Deutschland an Kaletsch zu wenden.

Daraufhin verabredete sich McCloy mit Konrad Kaletsch und weiteren führenden Repräsentanten des Flick-Konzerns in Düsseldorf. Der alte Flick war nicht anwesend, dafür aber Konrad Kaletsch, der mit seinem Cousin auf der Anklagebank in Nürnberg gesessen hatte und der wußte, was McCloy für die deutschen Industriellen getan hatte. Wolfgang Pohle war ebenfalls anwesend, äußerte sich aber nicht. Dann war da noch der energische Eberhard von Brauchitsch, der erst kurz zuvor in die Geschäftsleitung aufgenommen worden war und den McCloy bei dem Treffen in New York nicht registriert hatte. Jetzt

aber hatte man von Brauchitsch vorgeschickt, jedes Argument des amerikanischen Juristen McCloy zurückzuweisen.

McCloy hatte die Nacht zuvor kaum geschlafen und fühlte sich schlecht nach all seinen Reisen, so daß er für eine scharfe Auseinandersetzung nicht aufgelegt war. Er trug lediglich seine moralischen Argumente vor, so gut er konnte. Kaletsch stellte fest, daß McCloy Anliegen darauf abziele, eine negativ ausgefallene Entscheidung zu verwerfen, die einstimmig von allen Mitgliedern der Geschäftsleitung getroffen worden war. Von Brauchitsch pochte penetrant auf seine rechtlichen Argumente mit der festen Absicht, den ehemaligen Hochkommissar zu überzeugen, daß die Zurückweisung der Forderungen gerechtfertigt sei. Nach New York zurückgekehrt, informierte McCloy Blaustein von dem enttäuschenden Treffen in Düsseldorf. Was er höchst lebendig im Gedächtnis behielt, war, daß er während der Tiraden des Herrn von Brauchitsch „mehrmals den Raum verlassen mußte, weil sich ihm der Magen umdrehte“.

Nachdem einige Zeit verstrichen war, bat mich McCloy, in sein Büro in der Wall Street zu kommen, wo wir die Rechtspositionen bis in alle Einzelheiten diskutierten. Danach hielt McCloy die Zeit für gekommen, sich in einem persönlichen Brief direkt an Friedrich Flick zu wenden.

McCloy führte zur damaligen Zeit Abrüstungsverhandlungen im Auftrag der Regierung der USA, und deshalb dauerte es noch fast zwei Monate, bis er dazu kam, seine Gedanken niederzuschreiben. Das Problem, sich mit Naziverbrechern auseinanderzusetzen, und die Frage der Wiedergutmachung an den Opfern der Unterdrückung waren Themen, die McCloy bis ins Innerste bewegten. In seinem Brief vom 13. November mit der Anrede „Lieber Dr. Flick“ bezog sich McCloy auf das Treffen in Düsseldorf, bei dem es ihm nicht gelungen war, die Konzernmanager dazu zu bewegen, ihre Entscheidung hinsichtlich einer Abfindung für die Überlebenden deutscher Zwangsarbeitspolitik erneut zu überdenken. Er erinnerte daran, wie er sich dafür eingesetzt hat, die Urteile einiger in Nürnberg Verurteilter zu mildern in der Hoffnung, daß die Firmen, die von Zwangsarbeitern Gebrauch gemacht hatten, in gebührender Weise Kompensationen aufbringen würden. Mit dem Hinweis auf verschiedene große Firmen, die dieser moralischen Verpflichtung nachgekommen seien, fuhr McCloy fort:

„Mein Gefühl sagt mir, daß eine formale Behandlung des Problems die Sache, um die es eigentlich geht, völlig verfehlt. Aus diesem Grunde dränge ich zum letzten Mal auf eine Revision im Sinne des Schlabrendorffschen Vorschlags und richte mein Schreiben an Sie als dem wichtigsten Mann in der Führung von Dynamit Nobel, damit Sie Ihren Einfluß geltend machen, um dieses Unrecht zu bereinigen, soweit es jetzt noch möglich ist.“

Die meisten der jüdischen KZ-Insassen, die die Greuel der Lager, die ich am Ende des Krieges teilweise selbst miterlebt habe, lebend überstanden haben, sind alte, in ihrer Gesundheit schwer geschädigte Frauen, die in schlechten finanziellen Verhältnissen leben. Natürlich zaudere ich, irgendjemandem meine persönliche Ansicht darüber auszudrücken, wie er sich in einer Sache moralischer Verpflichtung verhalten solle, aber ich denke, daß durch Ihr Engagement

ein Schritt in die richtige Richtung gegangen würde, daß dies ihrer Firma, der Bundesrepublik und Ihrem eigenen Ruf als wahrer Menschenfreund gut tun würde. Ich bin zuversichtlich, daß Sie mein persönliches Schreiben in diesem Ton entschuldigen werden, doch mein Gewissen hat mich trotz der Haltung Ihrer Vertreter in Düsseldorf, die mich im Juni empfangen, dazu getrieben.“

Katzenstein schickte Kopien dieses Schreibens an Eric Warburg, von Schlabrendorff, Abs und Kronstein in der Hoffnung, sie würden die Initiative McCloy unterstützen. Von Schlabrendorff übermittelte Katzenstein seine Hoffnung auf Erfolg. Der einzige inhaltliche Bezug bestand in seinem Hinweis, man möge McCloy in diskreter Weise anraten, daß es sich selbst für einen Amerikaner nicht gehöre, das „von“ seines Titels wegzulassen.

Es verging mehr als ein Monat, ohne daß McCloy Brief ein Echo hervorrief. Katzenstein telefonierte mit der Geschäftsleitung des Konzerns und erhielt die Auskunft, daß der Brief an von Brauchitsch weitergeleitet worden sei, der sich jedoch auf Urlaub in Arosa befinde. Es war hinlänglich bekannt, daß der junge deutsche Geschäftsmann mit dem Firmenflugzeug reiste, ein Telefon in seinem Mercedes besaß und über Fernschreiber in ständigem Kontakt mit der Firma blieb. Offenbar stand der Brief aus Amerika nicht weit oben in seiner Prioritätenliste.

Als von Brauchitsch aus dem Urlaub zurückgekehrt war, schrieb er am 7. Januar „im Namen von Dr. Friedrich Flick“ folgenden Brief an McCloy, dem eine englische Übersetzung beigelegt war:

Herr Dr. Flick wiederholt und bestätigt in vollem Umfang die Auffassung, die die Herren Kaletsch, Dr. Pohle und der Unterzeichnete in dem Gespräch mit Ihnen hier in Düsseldorf am 18. 6. 1969 eingenommen haben, und die mannigfachen Gründe, die zur Rechtfertigung dieses Standpunkts vorgetragen wurden.

Herr Dr. Flick sieht sich zu seinem Bedauern nicht in der Lage, gegenüber der Firma Dynamit Nobel AG auf eine hiervor abweichende Behandlung des Komplexes hinzuwirken.

... In Abweichung von Ihnen vermag Herr Dr. Flick nicht zu erkennen, daß im vorliegenden Zusammenhang humanitäre oder moralische Gründe die Dynamit Nobel AG oder das Haus Flick veranlassen könnten, an die Claims Conference irgendwelche Zahlungen zu leisten...

Herr Dr. Flick bittet um Ihr Verständnis für seine abschließende Entscheidung in dieser Sache.

Herr Dr. Flick läßt sich empfehlen. Ich schließe mich dem an. Hochachtungsvoll gez. von Brauchitsch.

Friedrich Flick war bereits aus dem Gefängnis in Landsberg entlassen, als McCloy Gnade walten und weitere Kriegsverbrecher laufen ließ. Anders als Alfred Krupp, dem McCloy seine Freiheit und sein Vermögen zurückgab, schuldete Flick dem ehemaligen Hochkommissar nichts. Der Brief an McCloy war voll von irigen Behauptungen und Ansichten. Ernst Katzenstein widerlegte in seinem Antwortschreiben an von Brauchitsch im Detail dessen Behauptungen. Von Brauchitsch gab sich jedoch nicht damit zufrieden, der Claims Conference das letzte Wort zu überlassen, und sagte: „Ich stehe zu jedem Punkt dieses Briefes.“ Die Gegendarstellung wischte er mit der Bemerkung weg: „Politische Dokumente aus den Nürnberger Prozessen“.

Ein letzter Versuch, den der neue deutsche Botschafter in Washington, Rolf Pauls, unternahm, brachte nicht mehr als die vage Hoffnung, daß, wenn irgendeiner der früher bei Flick beschäftigten Juden seine Bedürftigkeit nachweisen konnte, die Firma eine individuelle

Regelung in Betracht ziehen würde. Die Claims Conference verfügte über Namen von mehr als 3500 Personen, die alle angaben, in einem der Flick-Betriebe gearbeitet zu haben. Die meisten von ihnen lebten in schlimmer Not, aber den jüdischen Zwangsarbeitern zu sagen, sie sollten ihren früheren Ausbeutern den Beweis ihrer Armut vorlegen in der Hoffnung auf eine unbestimmte Zuwendung, wäre ein Verfahren, das keine achtbare jüdische Organisation hätte billigen können. Selbst wenn Dynamit Nobel einigen wenigen Leute etwas gezahlt hätte, was zweifelhaft war, hätte niemand den anderen Überlebenden sagen können, daß sie nichts erhielten, weil sie in den Augen gewisser Herren nicht bedürftig genug seien.

Neun Jahre lang hat man nichts unversucht gelassen, Flick und seine Handlanger zu überzeugen, daß sie denen etwas schuldeten, die in ihren Betrieben unter den unmenschlichsten Bedingungen ohne Bezahlung hatten arbeiten müssen. Die Gerichte hatten den Begriff der gesetzlichen Haftpflicht zu unbestimmt gelassen. Über den Weg der moralischen Verpflichtung hatten Fabian von Schlabrendorff, Eric Warburg, Heinrich Kronstein, Hermann Abs, John McCloy, Rolf Pauls, die Vertreter der Claims Conference und andere argumentiert. Die Adressaten waren Kaletsch, von Brauchitsch, Pohle, Flicks Sohn und der Eigentümer, Friedrich Flick persönlich. Auf jeden neuen Versuch folgten immer nur Entschuldigungen, Verzögerungen und Vereitelungen.

Ende des Jahres 1970 starb Jacob Blaustein im Alter von 78 Jahren. Er war ein unerschrockener Kämpfer für die Menschenrechte. Sein Mißerfolg, Flick, einen Industriellen wie er selbst, dazu zu bringen, etwas für die jüdischen Zwangsarbeiter zu tun, war eine von Blausteins letzten großen Enttäuschungen. Die Claims Conference war nach alledem überzeugt davon, daß Flick keine Absicht hatte, irgendeine Abfindung zu zahlen. Seine herausfordernde Stellungnahme in Nürnberg — „Nichts wird uns davon überzeugen, daß wir Kriegsverbrecher sind“ — klingt noch in meinen Ohren. Ich gab meine komplette Sammlung des Vorgangs an B'nai B'rith weiter, der die ganze Wahrheit an die Presse weiterleiten wollte. In einem Artikel von B'nai B'rith wurde Flick als „reuloser Sklavenhalter“ bezeichnet. Der Verfasser addierte den immensen Reichtum, den Flick unter Hitler und nach Hitler angesammelt hatte, und hob seine Freundschaft mit dem Massenmörder Himmler hervor. Autokäufer wies man darauf hin, daß „der Mann, der am meisten an Mercedeswagen verdient, ein verurteilter Kriegsverbrecher ist, der sein Vergehen an der Gesellschaft noch nicht wieder gutgemacht hat“. Der Bericht zeigte, daß Flicks Verhalten eine Verletzung internationaler Rechte bedeutete. Er gab alle Ausflüchte und Entschuldigungen wieder, die die Firma im Laufe der Jahre vorgebracht hatte, um die Bezahlung ihrer früheren Arbeiter zu verhindern.

Gerade als der Bericht fertig war und an die Presse gehen sollte, bat ich B'nai B'rith, die Veröffentlichung zurückzuhalten. Am 20. Juli 1972, in seinem 90. Lebensjahr, starb Friedrich Flick. Im Nachruf der New York Times (vom 22.7.1972) wird er gewürdigt als „ein Industrieller, der Hitler beistand“ und „der ein immenses Vermögen aufbaute“, während er eine mysteriöse Persönlichkeit blieb, die das grelle Licht der Öffentlichkeit scheute. (...)

Zum 50. Todestag von Kurt Tucholsky



Kurt Tucholsky 1929

Autobiographie

Soweit ich mich erinnere, wurde ich am 9. Januar 1890 als Angestellter der „Weltbühne“ zu Berlin geboren. Meine Vorfahren haben, laut „Miesbacher Anzeiger“, auf Bäumen gesessen und in der Nase gebort. Ich selbst lebe still und friedlich in Paris, spiele täglich nach Tisch mit Doumergue und Briand ein halbes Stündchen Schafskopf, was mir nicht schwer fällt, ich habe im Leben nur noch einen kleinen Wunsch: die Rollen der deutschen politischen Gefangenen und ihrer Richter einmal vertauscht zu sehen. (1926)

Wegen der Feiertagspause unserer Zeitung etwas verspätet eine kleine Ehrung für Kurt Tucholsky, der vor fünfzig Jahren starb. Kurt Tucholsky wurde am 9. Januar 1890 ins wilhelminische Deutschland hineingeboren. Schon während seines Jura-Studiums Anfang des Jahrhunderts schrieb er, wurde mit seiner ersten größeren Arbeit: „Rheinsberg — Ein Bilderbuch für Verliebte“ schnell bekannt. Nach seinem Studium (Dr. jur.) arbeitete er nach Kriegsende vor allem als Theater- und Literaturkritiker, war schnell einer der profiliertesten Autoren der „Weltbühne“. Profiliert — und umstritten, denn schnell zog er sich den Haß der Reaktionäre, der Deutschnationalen, der Militaristen zu. Seine Artikelserie „Militaria“ ließ die ganze nationalistische Presse damals vor Wut schäumen. Tucholsky sprach aus, was damals nur wenige zu sagen wagten: im Weltkrieg haben die Offiziere gestohlen, Soldaten sind für einen Dreck gefallen, Wilhelm den II. nannte er einen Deserteur.

Tucholsky wurde Sozialist, trat der USPD bei, war nach deren Verschmelzung mit der SPD 1922 dort Mitglied. In seinen Artikeln griff er die hemmungslose Profitgier der Unternehmer an, warnte vor all dem reaktionären Gesindel der Weimarer Republik, den Nationalisten und revanchesüchtigen Militaristen. Er engagierte sich gegen die reaktionäre Klassenjustiz und die Reichswehr. Der Feind steht rechts — das war Tucholskys Devise. Immer wieder schrieb er auch Chansons, Lieder, Gedichte, schöne Liebesgeschichten. Aber die Entwicklung Deutschlands

beunruhigte ihn zunehmend. Der bissige Satiriker wurde bitter. Die SPD sah er nur noch „außen rot und innen weiß“ — zur gleichen Zeit im übrigen, als er den auf dieser Seite abgedruckten Artikel „Was würden sie tun, wenn sie die Macht hätten?“ schrieb. Tucholsky war zwar nie Kommunist, beschäftigte sich aber immer — auch sehr kritisch — mit der KPD und der Sowjetunion. Die „Weltbühne“, von ihm lange Zeit zusammen mit dem späteren Nobelpreisträger und Nazi-Opfer Carl von Ossietzky herausgegeben, wurde zu einer der wichtigsten oppositionellen, republikanischen Zeitschriften Ende der zwanziger Jahre. Sein wohl politisch schärfstes Buch: „Deutschland, Deutschland über alles“ für das John Heartfield die Montagen machte, erscheint 1929. In der „Arbeiter Illustrierten“

Zeitung“ (AIZ) unterschreibt Tucholsky damals ein Bild von sich mit Säbeln schlagenden Jura-Studenten mit folgendem Text: „Dies werden eure Richter von 1940 sein.“ Es wurde furchterlich wahr.

Tucholsky selbst erlebte das Jahr 1940 nicht mehr. 1929 ging er nach Schweden. Nach und nach verstummte der Mahner. 1933 wurde er von den Nazis ausgebürgert, seine Bücher verbrannt. Tucholsky war schwer krank, verbittert nahm er sich am 19. Dezember 1935 das Leben. Der russische Dichter Alexej Tolstoi sagte: „Entsetzlich ..., dieser Mensch hatte alle Chancen, der Heine des XX. Jahrhunderts zu werden“. Der „deutsche Mief“, den Tucho immer bekämpfte, hat es verhindert ...

m.b.

Was würden sie tun, wenn sie die Macht hätten?

Für wen habe ich die Macht —?

Eine persönliche Diktatur gibt es nicht; sie ist ein Bürgertraum.

Hätte ich die Macht mit den kommunistischen Arbeitern und für sie, so scheinen mir dies die Hauptarbeiten einer solchen Regierung zu sein:

- Sozialisierung der Bergwerke;
- Sozialisierung der Schwerindustrie;
- Aufteilung des Großgrundbesitzes;
- Absetzung der Länderbürokratie;
- radikale Personalreform in der Justizverwaltung;
- Personalreform auf Schulen und Universitäten;
- Abschaffung der Reichswehr;
- Schaffung eines sittlichen Strafgesetzes an Stelle jenes in Vorbereitung befindlichen kulturfeindlichen Entwurfs;
- Steuerliche Erfassung der Bauern.

Ich glaube, daß im Volk viele Kräfte schlummern, die heute von den Juristen und den uns regierenden Bürovorstehern abgetötet und in der Entwicklung gehemmt werden — mit diesen unverbrauchten Kräften ist auch dann viel zu erreichen, wenn sie „die Bestimmungen nicht kennen“, was ihre Kraft ausmacht.

Die von mir genannten Ziele, die heute verlacht werden, weil sie die Wahrheiten von morgen sind, lassen sich nicht auf evolutionärem Wege erreichen — nötig wäre dazu die Revolution, deren Terminologie heute kompromittiert sein mag.

Ihre Idee ist unbesiegbar.

(1928)

Kurzer Abriss der Nationalökonomie

Nationalökonomie ist, wenn die Leute sich wundern, warum sie kein Geld haben. Das hat mehrere Gründe, die feinsten sind die wissenschaftlichen Gründe, doch können solche durch eine Notverordnung aufgehoben werden.

Über die ältere Nationalökonomie kann man ja nur lachen und dürfen wir dieselbe daher mit Stillschweigen übergehen. Sie regierte von 715 vor Christo bis zum Jahre 1 nach Marx. Seitdem ist die Frage völlig gelöst: die Leute haben zwar immer noch kein Geld, wissen aber wenigstens, warum.

Die Grundlage aller Nationalökonomie ist das sog. «Geld».

Geld ist weder ein Zahlungsmittel noch ein Tauschmittel, auch ist es keine Fiktion, vor allem aber ist es kein Geld. Für Geld kann man Waren kaufen, weil es Geld ist, und es ist Geld, weil man dafür Waren kaufen kann. Doch ist diese Theorie inzwischen fallen gelassen worden. Woher das Geld kommt, ist unbekannt. Es ist eben da bzw. nicht da — meist nicht da. Das im Umlauf befindliche Papiergeld ist durch den Staat garantiert; dieses vollzieht sich derart, daß jeder Papiergeldbesitzer zur Reichsbank gehen und dort für sein Papier Gold einfordern kann. Das kann er. Die oberen Staatsbankbeamten sind gesetzlich verpflichtet, Goldplomben zu tragen, die für das Papiergeld haften. Dieses nennt man Golddeckung.

Der Wohlstand eines Landes beruht auf seiner aktiven und

passiven Handelsbilanz, auf seinen innern und äußern Anleihen sowie auf dem Unterschied zwischen dem Giro des Wechselagios und dem Zinsfuß der Lombardkredite; bei Regenwetter ist das umgekehrt. Jeden Morgen wird in den Staatsbanken der sog. «Diskont» ausgewürfelt; es ist den Deutschen neulich gelungen, mit drei Würfeln 20 zu trudeln.

Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.

Wenn die Ware den Unternehmer durch Verkauf verlassen hat, so ist sie nichts mehr wert, sondern ein Pöfel, dafür hat der Unternehmer das Geld, welches Mehrwert genannt wird, obgleich es immer weniger wert ist. Wenn ein Unternehmer sich langweilt, dann ruft er die andern und dann bilden sie einen Trust, das heißt, sie verpflichten sich, keinesfalls mehr zu produzieren, als sie produzieren können sowie ihre Ware nicht unter Selbstkostenverdienst abzugeben. Daß der Arbeiter für seine Arbeit auch einen Lohn haben muß, ist eine Theorie, die heute allgemein fallen gelassen worden ist.

Eine wichtige Rolle im Handel spielt der Export. Export ist, wenn die andern kaufen sollen, was wir nicht kaufen können; auch ist es unpatriotisch, fremde Waren zu kaufen, daher muß das Ausland einheimische, also deutsche Waren konsumieren, weil wir sonst nicht konkurrenzfähig sind. Wenn der Export andersrum geht, heißt er

Import, welches im Plural eine Zigarre ist. Weil billiger Weizen ungesund und lange nicht so bekömmlich ist wie teurer Roggen, haben wir den Schutzzoll, der den Zoll schützt sowie auch die deutsche Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft wohnt seit fünf- und zwanzig Jahren am Rande des Abgrunds und fühlt sich dort ziemlich wohl. Sie ist verschuldet, weil die Schwerindustrie ihr nichts übrig läßt, und die Schwerindustrie ist nicht auf der Höhe, weil die Landwirtschaft ihr zu viel fortnimmt. Dieses nennt man den Ausgleich der Interessen. Von beiden Institutionen werden hohe Steuern gefordert, und muß der Konsument sie auch bezahlen.

Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt, auf der irrtümlichen Annahme, der andere werde gepumptes Geld zurückzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine sog. «Stützungsaktion», bei der alle, bis auf den Staat, gut verdienen. Solche Pleite erkennt man daran, daß die Bevölkerung aufgefordert wird, Vertrauen zu haben. Weiter hat sie ja dann auch meist nichts mehr.

Wenn die Unternehmer alles Geld im Ausland untergebracht haben, nennt man dieses den Ernst der Lage. Geordnete Staatswesen werden mit einer solchen Lage leicht fertig; das ist bei ihnen nicht so wie in den kleinen Raubstaaten, wo Scharen von Briganten die not-

leidende Bevölkerung aussaugen. Auch die Aktiengesellschaften sind ein wichtiger Bestandteil der Nationalökonomie. Der Aktionär hat zweierlei wichtige Rechte: er ist der, wo das Geld gibt, und er darf bei der Generalversammlung in die Opposition gehen und etwas zu Protokoll geben, woraus sich der Vorstand einen sog. Sonnabend macht. Die Aktiengesellschaften sind für das Wirtschaftsleben unerlässlich: stellen sie doch die Vorzugsaktien und die Aufsichtsratsstellen her. Denn jede Aktiengesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der rät, was er eigentlich beaufsichtigen soll. Die Aktiengesellschaft haftet dem Aufsichtsrat für pünktliche Zahlung der Tantiemen. Diejenigen Ausreden, in denen gesagt ist, warum die A.-G. keine Steuern bezahlen kann, werden in einer sogenannten «Bilanz» zusammengestellt.

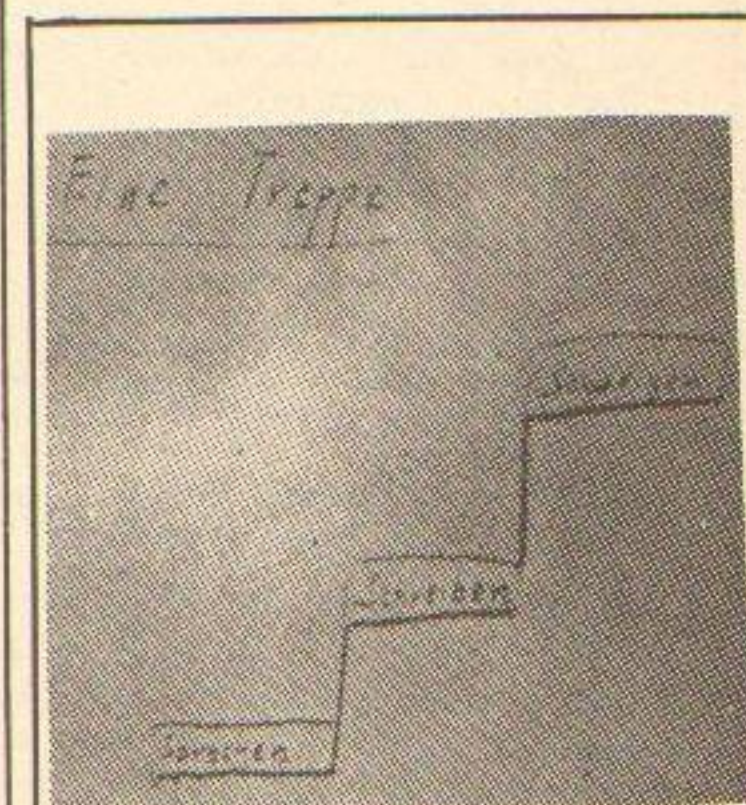
Die Wirtschaft wäre keine Wirtschaft, wenn wir die Börse nicht hätten. Die Börse dient dazu, einer Reihe aufgeregter Herren den Spielklub und das Restaurant zu ersetzen; die frommern gehen außerdem noch in die Synagoge. Die Börse sieht jeden Mittag die Weltlage an: dies richtet sich nach dem Weitblick der Bankdirektoren, welche jedoch meist nur bis zu ihrer Nasenspitze sehen, was allerdings mitunter ein weiter Weg ist. Schreiben die Leute auf der Börse außergewöhnlich viel, so nennt man das: die Börse ist fest. In diesem Fall kommt — am nächsten Tage — das Publikum gelaufen und engagiert sich, nachdem bereits das Beste

wegverdient ist. Ist die Börse schwach, so ist das Publikum allemal dabei. Dieses nennt man Dienst am Kunden. Die Börse erfüllt eine wirtschaftliche Funktion: ohne sie verbreiten sich neue Witze wesentlich langsamer.

In der Wirtschaft gibt es auch noch kleinere Angestellte und Arbeiter, doch sind solche von der neuen Theorie längst fallen gelassen worden.

Zusammenfassend kann gesagt werden: die Nationalökonomie ist die Metaphysik des Pokerspielers.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und füge noch hinzu, daß sie so gegeben sind wie alle Waren, Verträge, Zahlungen, Wechselunterschriften und sämtliche anderen Handelsverpflichtungen — also ohne jedes Obligo. (1931)



Vom „späten“ Tucholsky

DAFG 15 JAHRE ALBANIEN REISEN

1986 besteht die Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V. 15 Jahre. Selbst aus einer Albanienreise entstanden, führt die DAFG seit ihrer Gründung Albanienreisen durch. Auf diesem Gebiet hat wohl niemand mehr Erfahrungen. Unsere vielfältigen Kontakte zu verschiedenen albanischen Stellen verhelfen manchem Spezialprogramm zum Erfolg, das wir vermittelt haben.

Mit diesem Blatt stellen wir Ihnen die DAFG-Programme für das Jahr 1986 vor. Neue Ziele und Programme geben eine Idee von den mannigfachen Gesichtspunkten, unter denen es lohnt, sich Albanien zu nähern. Sollte Ihre "Traumreise" nicht dabei sein, stellen Sie Ihre eigene Reisegruppe zusammen wir unterstützen Sie gern!

Völkerverständigung und Völkerfreundschaft brauchen die menschliche Begegnung und lebendige Auseinandersetzung. Deshalb fahren wir nach Albanien. Deshalb muß aber niemand Mitglied werden, um sich einer DAFG-Reise anzuschließen. Wir laden Sie ein, Albanien kennenzulernen. Ein Land, das gar nicht so weit weg liegt, über das mehr zu wissen sich lohnt. Aber überzeugen Sie sich doch selbst! Wir setzen auf Ihre (Reise-) Erfahrung.

SONDER- UND STUDIENREISEN

SCHULE, ERZIEHUNG & GESELLSCHAFT

Schwerpunkte: Einblick in verschiedene Schultypen - Lehrerausbildung - Fachbegegnungen und Gespräche - Zusammenhang von Gesellschaft und Erziehung mit Beispielen außerschulischer Einrichtungen und Arbeitsstätten. Teilnehmerkreis für diese Reisen: Bevorzugt Angehörige pädagogischer Berufe (und Familienmitglieder). 2 Programme zur Auswahl:

Programm 600 14. - 29. MÄRZ
Von Tirana (Hotel-Kat. A) aus nach Gjirokastra - Saranda - Ksamil - Butrint - Berat - Kruja - Durres u.a. Linienflug (JAT) ab Frankfurt/Main (auch ab Berlin u. München möglich).
PREIS ab Ffm DM 1.775,00
für DAFG-Mitglieder* DM 1.725,00

Programm 601 21. MÄRZ - 5. APRIL
Von Tirana (Hotel-Kat. A) aus nach Pogradec - Korça - Durres - Kruja - Berat - Elbasan Linienflug (JAT) ab Frankfurt/Main (auch ab Berlin u. München möglich).
PREIS ab Ffm DM 1.775,00
für DAFG-Mitglieder* DM 1.725,00

FRAUENFRAGEN (VON FRAU ZU FRAU)

Programm 602 24. MÄRZ - 7. APRIL
Anknüpfend an erfolgreiche Reisen zu diesem Thema: Begegnungen und Gespräche mit Albanerinnen verschiedener Berufsgruppen in Stadt u. Land, mit dem Frauenverband usw. Teilnehmerkreis: nur Frauen

Von Durres-Strand (Hotel-Kat. A) aus nach Durres und Tirana, mehrtägiger Aufenthalt im Süden: Gjirokastra - Saranda - Ksamil - Butrint - Berat u.a. Linienflug (Interflug) v. Bln-Schönefeld
PREIS ab Bln-Schönefeld DM 1.715
für DAFG-Mitglieder* 1.645,00

* Der Preis für Mitglieder kann nur gewährt werden, wenn der Jahresmitgliedsbeitrag für 1986 bei Anmeldung zur Albanienreise beim Sekretariat der DAFG eingegangen ist!

RUNDREISE ALBANIEN KULINARISCH!

Programm 625 9. - 17. OKTOBER
So kontrastreich wie die albanische Landschaft, so vielgestaltig wie die albanische Volkskunst, so abwechslungsreich ist die albanische Küche: Jede Region kennt charakteristische Gerichte, besondere Zubereitungsarten.

Diese RUNDREISE FÜR GENIESSER führt von den nordalbanischen Alpen quer durch Albanien zum Ionischen Meer im Süden. Überall kosten Sie die einheimischen Spezialitäten aus Küche und Keller. *Te bëftë mirë!* Guten Appetit! Ausgewähltes Besichtigungsprogramm, bestmögliche Unterbringung.

Tirana - Kukes - Shkodra - Lezha - Kruja - Saranda - Ksamil - Butrint - Gjirokastra - Fieri - Berat - Elbasan Linienflug (Malev) ab Bln-Schönefeld
PREIS ab Bln-Schönefeld DM 1.295,00
für DAFG-Mitglieder* DM 1.265,00

GROßE RUNDREISE DURCH ALBANIEN

Programm 622 12. - 27. SEPTEMBER
Die bedeutendsten Städte und Sehenswürdigkeiten. Erstmals mit Fahrt durch die Bergwelt nach Peshkopia! Durres - Tirana - Kruja - Gjirokastra - Saranda - Ksamil - Butrint - Fieri - Berat - Elbasan - Pogradec - Korça - Peshkopia - Shkodra - Lezha - Kruja. Unterbringung Hotel-Kat. B u. besser. Linienflug (JAT) ab Frankfurt/Main (auch Berlin oder München möglich).
PREIS ab Ffm DM 1.995,00
für DAFG-Mitglieder* DM 1.945,00

SPRACHREISE ALBANISCH LERNEN IN ALBANIEN

Programm 612 11. JULI - 2. AUGUST
Buchstäblich ein Beitrag zur Völkerverständigung! Zum ersten Mal ein Sprachkurs für Ausländer in Albanien mit albanischem Sprachlehrer. Aufenthalt 3 Wochen außer in Durres und Tirana vorzugsweise an weniger touristischen Orten. Genaueres Programm und Preis erst ab April. Rechtzeitige Voranmeldung erbeten, da der Kurs bewußt klein gehalten werden soll.

15 JAHRE

DAFG - ALBANIENREISEN

ZUM KENNENLERNEN DES LANDES

Wer mit der DAFG nach Albanien fährt, will mehr als Strand und Sonne erleben: Land und Leute, deren Kultur und Aufbauleistung, kurz: der möchte sich selbst ein Bild machen. Zu unseren Programmen gehören regelmäßig Besuche von Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, sozio-kulturelle Einrichtungen, Ausstellungen, Museen usw. Gesprächsrunden mit albanischen Fachleuten ebenso wie Film- und Folkloreveranstaltungen. Wichtig sind auch Ruhetage, um die vielen neu gewonnenen Eindrücke zu verarbeiten. Wählen Sie Ihren Termin!

SPARTERMIN (MIT KOMPLETTEM PROGRAMM)

3. - 25. JULI 3-Wochen-Programm 613/3 P

In den ersten beiden Wochen Exkursionen: 3-Tages-Fahrt nach Peshkopia (zum ersten Mal!) - Tirana - Kruja - Berat - Durres. Die 3. Woche Aufenthalt in Durres-Strand ohne Programm.
Ab Berlin-Schönefeld (Malev), Hotel-Kategorie B

PREISE FÜR MITGLIEDER*

1.860,00 | 1.790,00*

3. - 25. JULI STRANDURLAUB, s.o., Reise 613/3 O

1.660,00 | 1.590,00*

3. - 18. JULI 2-Wochen-Programm 613/2 P

Anreise, Unterbringung, Fahrten zusammen mit 613/3P
3. - 18. JULI STRANDURLAUB, s.o., Reise 613/2 O

1.660,00 | 1.590,00*

1.515,00 | 1.445,00*

25. JULI - 9. AUGUST 2-Wochen-Programm 614/P
Von Durres-Strand aus nach Saranda - Gjirokastra - Ksamil - Butrint (3-Tagestour) - Tirana - Kruja (mit Übernachtung) - 2-Tagesfahrt nach Berat - Vlora
Ab Frankfurt/Main (JAT), Hotel-Kategorie B (auch ab Berlin oder München möglich)

1.715,00 | 1.645,00*

25. JULI - 9. AUGUST STRANDURLAUB s.o., 614/O

1.515,00 | 1.445,00*

1. - 16. AUGUST 2-Wochen-Programm 615/P
Von Durres-Strand aus nach Pogradec-Korça (3-Tages-fahrt) - Durres - Berat - Tirana - Kruja u.a.
Ab Frankfurt/Main (JAT), Hotel-Kategorie B (auch ab Berlin oder München möglich)

1.715,00 | 1.645,00*

1. - 16. AUGUST STRANDURLAUB, s.o., Reise 615/O

1.515,00 | 1.445,00*

FAMILIENERMÄSSIGUNG: Kinderunterbringung: Kinderbett im Elternzimmer (außer Kleinkindern!). Verpflegung ist je nach Verzehr direkt im Hotel-Restaurant zu zahlen. Preise gelten für Hotel-Kat. B ohne Programm.

KINDER UNTER 3 JAHREN	2 WOCHEN	VERLÄNGERUNGS- WOCHEN	PROGRAMM- ZUSCHLAG
(Flug ohne Sitzplatz u. Freigeäck)			
KINDERBETT (bei Anmeldung buchen, im Hotel zahlen!)			1,5 \$ pro Nacht
KINDER von 3 bis unter 6 Jahren	185,00	95,00	180,00
KINDER von 6 bis unter 12 Jahren	420,00	95,00	180,00

ELTERN: STRANDURLAUB, Ermäßigung um DM 50,00, wenn der erwachsene Zimmer-partner die gleichzeitige Programmreise bucht.

VERLÄNGERUNGSWOCHEN (pro Person) DM 320,00 (ohne Programm)

EINZELZIMMER bei Transferübernachtungen (pro Pers./Nacht)	15,00
IN ALBANIEN: Buchung und Bezahlung nur direkt in den Hotels!	
HOTEL-KATEGORIE A (2-Bett-Zimmer mit Du/Wc): pro Pers./Woche	120,00
KINDERZUSCHLAG HOTEL-Kat. A pro Kind/Woche	60,00

MINDESTTEILNEHMERZAHL für alle DAFG-Reisen (pro Flug und Programm) 15 Pers.

AUSKUNFT: DEUTSCH - ALBANISCHE FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT e.V.
Postfach 76 22, 2000 Hamburg 20, Tel. (040) 850 27 36

Was man noch wissen sollte

Die DAFG vermittelt Reisen nach Albanien. Sie stellt Reisegruppen mit 20 bis 30 Teilnehmern und eigenen Programmen zusammen. Ein landeskundiger DAFG-Reiseleiter betreut die Gruppe.

Veranstalter im Sinne des Reisevertragsrechts ist Skanderbeg-Reisen, Gesellschaft m. b. H. für Reisen nach Albanien, Seelhorststr. 12, 4100 Duisburg 11. Die allgemeinen Bedingungen auch für die Versicherungen liegen dort zur Einsichtnahme aus. Bitte alle Reisezahlungen nur direkt an Skanderbeg-Reisen entrichten.

Die Mindestteilnehmerzahl für unsere Gruppenreisen beträgt 21 Personen. Kinder nicht gerechnet. Bei weniger Anmeldungen ist eine programmgemäße Durchführung nicht gewährleistet und der Preis pro Person verteuert sich.

Unsere Albanien-Reisen sind Pauschalreisen. Das macht sie preisgünstiger und die Programmgestaltung zuverlässiger. Das bedeutet aber auch, daß Übertragungen oder Rückvergütungen für Exkursionen, an denen man nicht teilnimmt, nicht möglich sind.

Es besteht die Möglichkeit, nur Strandaufenthalt zu buchen. Wir bieten es im Sommer besonders für Familien an. Albturist führt von Durres-Strand aus einzelne Fahrten ins Landesinnere unter Leitung eines Dolmetschers durch, wenn sich die nötige Teilnehmerzahl dafür findet (keine Gewähr für die Durchführung). Buchung und Zahlung direkt bei Albturist im Hotel „Adriatik“, auch zusätzlich zu den Pauschalreisen möglich.

Einzelzimmer: Buchung und Bezahlung nur noch direkt im jeweiligen Hotel. Lediglich für die Transferübernachtung in Jugoslawien werden Vorausbuchungen bei Anmeldung entgegengenommen. Gleiches gilt übrigens auch für die Bestellung von Kinderbetten für Kinder bis zu 3 Jahren.

Einzelreise für Touristen, Campingurlaub oder Autotourismus ist in Albanien nicht möglich, desgleichen für Ausländer auch keine Einzelreisen, Fahrrad-touren oder Wanderungen im Lande usw.

Einreise auf dem Landweg ist für Gruppen möglich. An der jugoslawisch-albanischen Grenze sind zwei Straßengrenzübergänge geöffnet: Hani Hoti (am Shkodrasee) und Qafa Thane (am Ochridsee). Einreise per Schiff mit touristischem Ziel ist bis dato nicht möglich.

Die DAFG-Programme sind mit unseren albanischen Partnern und von ihnen mit den jeweiligen Institutionen und Einrichtungen abgesprochen. Dennoch: Preis- und Programmänderungen bleiben vorbehalten. Beachten Sie bitte auch die Hinweise auf Visum- und Zollbestimmungen in dem farbigen Prospektheftchen



Zeichn.
4-10-1985
A. Ruge

LEISTUNGEN

Im Preis (ab/bis Flughafen) ist enthalten: An- / Abreise mit Linienflügen (Linien wie angegeben) + Bustransfer + Flughafengebühren in Albanien + Unterbringung in 2-Bett Zimmern (Hotel-Kategorie i. Standquartier wie angegeben. A = Zi. mit Du/Wc, B = fl. Warmwasser, Etageduschen) + Vollpension + Programm + Eintrittsgelder (außer für Veranstaltungsbesuche) + Visum/Gebühren + Reiserücktritts-kostenversicherung + Reisegepäckversicherung + alb. Dol-metscher + DAFG-Reiseleitung (b. Programmreise) + Infor-mationspaket mit Landkarte usw. (Versand ab 4 Wochen vor Abfahrt) + Einladung zu evtl. DAFG-Albanientreffs

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief

T 3

betr.: „Roter Morgen“, Nr. 49 v. 6.12.85 — Delegiertenkonferenz der GIM — Kein Entrismus bei den Grünen

Der Verfasser des obigen Artikels muß es geahnt haben und baut gleich vor: „Es ist nahezu ein unmögliches Unterfangen, diese drei Tendenzen (gemeint: in der GIM) angemessen zu charakterisieren.“ Der Versuch ist, zumindestens was die Positionen der Tendenz 3 betrifft, gründlich daneben gegangen. Statt „angemessen zu charakterisieren“, wurden die wirklichen Positionen durch Auslassungen und Unterstellungen verfälscht. Wir wollen das an zwei gravierenden Beispielen des Artikels aufzeigen und zurechtrücken.

Die Vereinigung von KPD und GIM: Laut RM ist die Tendenz 3 zwar auch für die Vereinigung beider Organisationen, „aber sie konzentrieren (!) sich doch mehr darauf, die Bedeutung einer solchen Vereinigung als sehr gering hinzustellen.“

Vorneweg: Die auf der GIM-Delegiertenkonferenz anwesenden Delegationsmitglieder der KPD mußten es eigentlich aufgrund persönlicher Erfahrungen besser wissen. Sie kennen viele Genossinnen und Genossen der Tendenz 3 aus den bisherigen Verhandlungen zwischen unseren beiden Organisationen und wissen, daß wir in der Vergangenheit alles unternommen haben, den Prozeß der Vereinigung erfolgreich voranzutreiben. Wir werden uns auch in Zukunft darauf „konzentrieren“, fragen allerdings, was hinter dieser verzerrenden Darstellung wohl steckt?

Der Versuch, „angemessen zu charakterisieren“, hätte wie folgt lauten können und müssen: „Auch die Genossinnen und Genossen der Tendenz 3 sprechen sich für die Vereinigung mit unserer Partei aus, da sie die Zersplitterung der lebendigen Kräfte, die sich auf den revolutionären Sozialismus berufen, überwinden wollen. Sie gehen allerdings davon aus, daß die Vereinigung noch keinen Wert an sich darstellt, sondern deren Stellenwert sich erst anhand der zukünftigen Politik der gemeinsamen Organisation erweisen wird. Laut Tendenz 3 würde die gemeinsame Organisation vor folgender Alternative stehen: Sie übernimmt sich am Anspruch einer ‚dritten Kraft‘ (neben SPD und Grünen), rennt den Sekten des ‚Beilagenkreises‘ nach und zementiert die politische Isolation der revolutionären Sozialist(innen) oder aber sie integriert sich in die Debatten und Aktionen der Kräfte (Stichwort: Ökosozialismus), die den lebendigen Ausdruck von Politisierung und Differenzierung in der Bundesrepublik darstellen.“

Die Bundestagswahlen 1987: Laut RM „verabsolutierte die Tendenz 3 diese Frage und stellte sie nicht als Frage der Mobilisierung der Arbeiterklasse und ihres Strebens nach politischem Einfluß, sondern ausschließlich als Frage einer denkbaren parlamentarischen Mehrheit (SPD und Grüne).“ Wäre dem so, der RM wäre verpflichtet gewesen, gegenüber der Tendenz 3 den Vorwurf des Reformismus zu erheben. Doch darum geht es nicht. Vielmehr wird durch die Verfälschung unserer Position ein Popanz aufgebaut, der mit der abstrakten Formel („Streben der Arbeiterklasse nach politischem Einfluß“) plattgewalzt werden kann, um so der konkreten Diskussion um die Taktik zu den anstehenden Bundestagswahlen erst mal aus dem Wege zu gehen.

Worum geht es? Wir sind uns einig, daß die Regierung von Kohl & Kapital weg muß. Wir sind uns einig, daß sich diese Frage aufgrund der klassenpolitischen Lage in der Bundesrepublik vorerst nur als Wahlfrage stellt. Wir sind uns einig, daß eine Rau-Regierung bzw. eine Regierung aus SPD und realpolitischen Grünen keine qualitativ andere Politik betreiben wird und kann als die derzeitige schwarzgelbe Koalition. Wir sollten uns darüber einig sein, daß alle wichtigen gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Mobilisierung zu einer politischen Zuspitzung, d.h. zu einer Konfrontation mit der derzeitigen Regierung führen. In der Tat existiert in allen wichtigen Auseinandersetzungen eine breite Einheitsfront von Gewerkschaften, SPD, Grünen, Massenbewegungen gegen die Regierung von Kohl und Kapital.

Die „Frage der Mobilisierung der Arbeiterklasse und ihres Strebens nach politischem Einfluß“ (man könnte auch die Massenbewegungen hinzufügen) stellt sich in diesem Zusammenhang aber nicht abstrakt sondern immer nur konkret, d.h. ist abhängig vom Grad des Bewußtseins und den Traditionen. Ob es uns gefällt oder nicht — „die Frage der Mobilisierung der Arbeiterklasse (und der Massenbewegungen) und ihres Strebens nach politischem Einfluß“ stellt sich heute als rot-grünes Bündnis. Damit wären wir bei der Politik angelangt: Wie organisieren wir unter diesen Bedingungen am besten die Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Einfluß in der Arbeiterbewegung und dem realpolitischen Flügel der Grünen?

Konfrontieren wir das konkrete Streben nach politischem Einfluß mit einem abstrakten Programm für eine sozialistische Alternative, oder — wofür wir eintreten — reihen wir uns in diese Einheitsfront ein und treten dafür ein, daß ein zukünftiges rot-grünes Bündnis auf wichtige klassenpolitische Forderungen verpflichtet wird (radikale Arbeitszeitverkürzung, Programm zum Abbau der Erwerbslosigkeit, Weg mit den NATO-Raketen, ein ökologisches Umbauprogramm usw.)? Treten wir bei den Wahlen 1987 mit reinen Propagandakandidaturen an, beteiligen uns am Duell der Kellerkinder mit der Sekte MLPD, oder aber — was wir vorschlagen — versuchen wir breite Mobilisierungsstrukturen aufzubauen, die SPD und Grüne unter Druck setzen? Ist uns die Haltung der Grünen zur Form eines rot-grünen Bündnisses piepegal, oder aber — was wir vorschlagen — identifizieren wir uns mit den Kräften bei den Grünen, die sich gegen jede Integration in den bürgerlichen Staat (Koalition) sperren und den Integrationsversuchen der SPD Widerstand entgegenzusetzen? Ersteres würde in allen drei Fällen zur Isolation und zum Sektierertum führen, zweiteres würde die gemeinsame Organisation zu einem Bestandteil des Differenzierungsprozesses von der Sozialdemokratie machen und stärken.

In Vorfreude, dies hoffentlich bald in einer gemeinsamen Organisation ausführlich diskutieren zu können und mit sozialistischen Grüßen
Peter Bartelheimer
Klaus Dräger
Steffi Engert
Werner Hülsberg
Frieder Mühleisen

An alle

Liebe Genossen!
Ich bin, wie mein Vater und Großvater es waren, von Beruf Maurer, also dem Proletariat zugehörig. Mir geht es heute bestimmt besser als meinen Vorfahren. Ich besitze ein Auto, leide momentan keine Not, kann jedes Jahr in Urlaub fahren und müßte eigentlich zufrieden sein. Leider sehe ich die Zukunft gefährdet durch egoistische, kapitalistische Kräfte.

Durch die neuen Technologien benötigen die Kapitalisten immer weniger Arbeitskräfte und können so den Arbeiter immer radikaler ausbeuten, benötigen ihn vielfach nicht mehr. Der Arbeiter soll nach dem Willen der Kapitalisten variabler und flexibler werden. Im Klartext: Immer, zu jeder Zeit bereit sein, zu arbeiten — für den Unternehmer da sein. „Wenn es euch bei mir nicht gefällt, könnt ihr gehn, draußen warten genug.“ Aussprüche der Unternehmer. Sozialabbau ist angesagt.

Die Politik des Bonner Rechtsblocks ist, so sehe ich es, arbeiterfeindlich und unternehmerfreundlich. Den Reichen geben und den Armen nehmen. Diese Sache und Politik der Bonner Verbacher war mir jedoch schon früher bekannt.

Bei der Bundestagswahl 1983 erhielt die CDU/CSU 48,9% und die FDP 7% gemeinsam also 55%. Diese Wähler können nicht alle Unternehmer gewesen sein, sondern es müssen auch Arbeiter darunter gewesen sein. In meinem Bekanntenkreis werden die herkömmlichen Parteien (CDU/CSU, FDP, SPD) gewählt, die Grünen werden meist abgelehnt und Kommunisten sind überhaupt nicht gefragt.

Ich habe Sympathie für Sozialismus und Kommunismus, stoße jedoch in

meinem Bekanntenkreis damit auf Ablehnung. „Sag uns ein Land, in dem Sozialismus oder Kommunismus herrscht, und wo es dir besser geht als bei uns“ bekomme ich oft zu hören und muß passen.

Denn ist es nicht wirklich so, daß beispielsweise in der UdSSR oder DDR der Bürger auf Dinge, die bei uns selbstverständlich sind, verzichten muß? Ich meine damit nicht Luxusgüter, sondern Dinge des täglichen Lebens. Während einige wenige dort sich Luxusgüter leisten können, geht es den kleinen Leuten dort schlecht. Die Freiheit und Meinungsfreiheit ist dort erheblich eingeschränkt. Die von Marx angestrebte Gleichheit und Freiheit besteht dort nicht, obwohl es von den Heuchlern an der Spitze immer behauptet wird, der Mensch wird noch immer vom Menschen ausgebeutet. Die Menschenrechtsverletzungen, die Versorgungsempässe und das schlechtere Leben in den sozialistischen Ländern schreckt die im Kapitalismus lebenden Proletarier vom Sozialismus ab. Auch die Verdummungsjournalisten der BRD schaffen es, uns vorm echten Sozialismus zu schrecken und diesen Bonner Kapitalistenknechten noch zuzujubeln.

Ich meine: Wachsein heißt das oberste Gebot der westdeutschen Arbeiterklasse. Die Erfüllungsgehilfen der Kapitalisten streichen immer mehr Gesetze, die Arbeiter vor Willkür schützen.

Wünschenswert wäre es, wenn es als Gegenbewegung zum jetzigen, immer radikaler werdenden Kapitalismus eine starke sozialistische Partei geben würde.

Die DKP ist eine Moskau-orientierte Partei, die bei uns nur Schlechtes sieht und alles, was in der DDR und UdSSR geschieht, uns als gut verkauft. Solche blinden Hühner sind abzulehnen. Eine echte sozialistische Partei muß den Sozialismus vertreten, und dort, wo er nicht besteht, das auch zugeben können. Leider ist es bei uns in der BRD so, daß es verschiedene kommunistische/sozialistische Gruppierungen gibt, und jede von sich behauptet, sie wäre die ideale kommunistische/sozialistische Partei. Ich habe in diesem Brief insgesamt 14 verschiedene Gruppierungen angeschrieben, die Anschriften aus Flugblättern entnommen, ich bin sicher, daß es noch mehr K-Gruppen gibt!

Ihr alle, ob Partei, Liga, Gruppe oder Bund, behauptet von euch, die Arbeiterklasse würde hinter euch stehen. Bei der letzten Bundestagswahl wählten jedoch nur 0,5% Sonstige, unter Sonstige ist der Prozentsatz der Kommunisten also noch geringer. Untereinander seid ihr zerstritten, hier ein Grüppchen, dort ein Grüppchen, und jede betreibt verbissenen Einzelkampf. Wäre es da nicht besser, wenn ihr versuchen würdet, euch zusammenzuschließen und gemeinsam für den Sozialismus einzutreten, vielleicht habt ihr dann Chancen, daß die Arbeiterklasse euch anerkennt. Denn so lange es die unterschiedlichsten sozialistischen/kommunistischen Gruppierungen gibt, ist der Arbeiter verwirrt und blickt bei der Vielzahl der K-Parteien nicht durch.

Meine Kernfragen:
Warum unterstellt ihr den anderen Gruppierungen, sie wären keine Sozialisten?
Warum die zahlreichen Splitterparteien? Wie wollt ihr Einfluß nehmen auf die Gesamtbevölkerung, die doch dem Sozialismus/Kommunismus ablehnend gegenübersteht? (55,9% bescherten uns den Bonner Rechtsblock)

Und als letzte Frage:
Weshalb seid ihr untereinander so zerstritten?

Es grüßt euch recht herzlich
G. S., Geisig

Freundschaft

Liebe Genossen,
in dem Artikel „Viel Streit, wenig geklärt“ zur 12. DGB-Bundesjugendkonferenz heißt es: „...Man mag zur SDAJ stehen, wie man will, und wir stehen sicher nicht besonders freundlich zu ihr, aber ...“ Mir kommt es hier auf das „nicht besonders freundlich“ an. Dieser Nebensatz hat mich geärgert, weil ich ihn für überflüssig und politisch dumm halte. Ich selber arbeite im Rahmen eines antifaschistischen Bünd-

nisses relativ eng mit der SDAJ zusammen. Ich frage mich: Was sollen solche Formulierungen eigentlich bringen? Nicht zuletzt frage ich mich auch, wie sie u.U. auf SDAJ-Mitglieder wirken. Müssen wir denn nicht davon ausgehen, daß es auch in der SDAJ relativ viele Genossen gibt, die subjektiv ehrlich einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus, für Arbeitermacht, wollen? Ich denke, das müssen wir. Ohne Zweifel haben wir zur SDAJ als einer revisionistischen Organisation schwerwiegende und tiefgehende ideologische und politische Differenzen. Ich bin keineswegs der Meinung, daß man diese Differenzen verwischen sollte. Im

Gegenteil. Wir sollten sie mehr als bisher aufzeigen und uns kritisch mit der SDAJ und ihrer Politik auseinandersetzen. Allerdings auf eine Art und Weise, die es den Mitgliedern dieser Organisationen erleichtert, die Motive unserer Kritik zu verstehen und sich unvoreingenommen damit auseinanderzusetzen. Es kann uns und unserer Sache nur nutzen, wenn das Verhältnis der Mitglieder revisionistischer Organisationen zu uns weniger als bisher von Vorurteilen und ungerechtfertigten Emotionen und mehr von einer sachlichen und solidarischen Diskussion um die bestehenden Differenzen bestimmt wird.
Mit revolutionären Grüßen
H. B., Dortmund

ERSCHIENEN

Dokumente vom
Sonderparteitag
der KPD
(November 1985)

Inhaltsverzeichnis

Programm der KPD (Entwurf)	2
Statut der KPD	10
Resolution der KPD über das Selbstverständnis und die Rolle unserer Partei	13
Resolution über die Vereinigung mit der GIM (Gruppe Internationaler Marxisten)	15

Bestellungen an: RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
- ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

- Hiermit bestelle ich:
- ☐ Abonnement(s) ... ab Nr.
 - ☐ jährlich 60 DM
 - ☐ halbjährlich 30 DM
 - ☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.
 - ☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM
 - ☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
 - ☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321 000 290
(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79 600-461

